

so wenig heißtt, daß bestimmt damit gerechnet werden könnte, daß die linksstehenden bürgerlichen Wähler auf keinen Fall für ihn gestimmt hätten. Das wußten natürlich auch die Nationalliberalen, die deshalb wieder ihren schützenden Kandidaten aufgestellt haben und auch bereits in die Wahllokation eingetreten sind. Das wird den Nationalliberalen nun besonders bel genommen, die „Post“ macht ihnen den Vorwurf, daß sie das Mandat der Sozialdemokratie ausliessen wollen. Das wollen sie nun aber ganz bestimmt nicht, aber sie wollen Liebert verdrängen und trachten damit, daß im Falle einer Stichwahl die Liebert-männer für den Kandidaten der Nationalliberalen stimmen. Trotzdem erhebt die „Post“ den Vorwurf:

„Deutlicher kann sich der Mandatshunger der Partei Bassermann kaum entzüglich. Wäre es ihr ernstlich um die Verkümmung der Sozialdemokratie zu tun, würde sie darauf verzichten haben, das Mandat eines Mannes zu bekämpfen, der die von den Parteigängern der Linksparteiwegung am meisten geprägte und gefürchtete Organisation zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Leben gerufen und der sich selbst zu jeder Zeit als ein energischer Kämpfer des nationalen Gedankens erwähnt hat.“

Die Bedeutung des Herrn v. Liebert wird hier ganz gewaltig überschätzt. Der von ihm geleitete Reichsverband ist weder die von der Sozialdemokratie am meisten gehobte noch am meisten gefürchtete Organisation. Der Reichsverband hat ganz bestimmt in den ersten Jahren seiner Tätigkeit mit der Art, wie er den Kampf führte, auf die nächsten Massen einen gewissen Eindruck ausüben können. Je mehr man aber erkannte, was Geistes Kind dieser Reichsverband ist, desto mehr haben sich denkende Politiker fast aller Parteien von ihm abgewandt und heute weiß man, daß der Reichsverband eigentlich nur noch die Wahlorganisation der Reichspartei darstellt. Bei den letzten Reichstagswahlen hat aber diese Wahlorganisation derart versagt, daß die Reichspartei selber mehr als die Hälfte ihrer Mandate eingebracht hat. Die Tätigkeit des Abg. Liebert hat sich im Reichstag tatsächlich auf koloniale Gebiete bemerkbar gemacht, und gerade mit dieser Tätigkeit dürfte man in den weitesten Kreisen nicht einverstanden sein, denn dem Abg. v. Liebert wurde gerade wegen seiner Tätigkeit in kolonialen Fragen sowohl im Reichstag als auch in der Deutschen Ritterschaft bestreit, die nicht gerade geeignet erscheinen, seine Persönlichkeit sympathischer erscheinen zu lassen. Sobald steht jedenfalls fest, daß der Wahlkampf in Bonn-Pegau von ganz ungewöhnlicher Heftigkeit sein wird, denn wenn die Reichsverbände nicht einmal das Mandat ihres obersten Führers erhalten können, dann haben sie überhaupt völlig ausgespielt, und es ist sehr bezeichnend, daß man sich mit der Bitte um Unterstützung an die Nationalliberalen gewendet hat, die gerade vom Reichsverband in der letzten Zeit in der heftigsten Weise angegriffen worden sind.

Krieg und Kapitalprofit.

Im Bericht des Vereins deutscher Fabriken in Mannheim an die Handelskammer Mannheim über den Verlauf des Jahres 1913 lesen wir folgendes:

„Der Krieg auf dem Balkan und die im Laufe des Jahres vorbereiteten Steuern haben nach gewisser Richtung insofern eher einen belebenden Einfluß auf den Gang des Geschäfts aus, als sich infolge der dadurch hervorgerufenen außerordentlich starken Beschäftigung der Sprengstoff- und Pulverfabrikation der Verbrauch an hochprozentigen Mineralölen erhöhte.“

Über starke Beschäftigung der Pulverfabrikanten infolge der neuen Steuern und des Krieges auf dem Balkan. Auf den Schlachtfeldern frierende, hungrige Menschen, die sich nichts zu leisten haben, aber auf Befehl ihrer Ausbeuter und Reinerger sich tötschleben... darauf ruht das Glück und der Profit der Rüstungsfabrikanten.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

„Werden Sie mich wenigstens die Ehre einer Antwort würdigen?“ rief die alte erzürnte Dame, sich halb aus ihrem Sessel erhebend.

„Rufen Sie mich für ihn anzuhalten, gnädige Frau!“ sagte eine Stimme.

Else hätte fast vor freudiger Überraschung ausgegeschrien: es war Schönau, der, die Hand auf Ottomars Schulter legend, jetzt in die Tür trat; hinter beiden sah sie ein anderes britisches Gesicht, dessen große, strenge Augen die Gruppe im Raum noch überwachten, um auf die beiden zu drücken. Er konnte hier nicht helfen, aber schon seine Gegenwart war für sie ein Trost, für Hilfe stützte schon der alte Schönau jungen.

„Gute Schwestern auf einmal hatten ihn mit dem Sessel, dessen Rücken unterfangen, beladen gemacht.“

„Kne Waben, Waben!“ sagte Schönau, mit dem Finger drückend, „doch Sie mich Ihre waghalsige Allmacht in jede Ladeaufgabe reichen? Und wenn Sie wenigstens so fest in der Sog sitzen, wie im Sessel! Aber die Urtreue hat der Rührung zu bestehen, Schönau, weil Sie Ohren an den Kopf lehnen und Schönau herabordern, Schönau zu nennen — das ist doch schlimm megalomaniert.“

„So kann Sie!“ rief die alte Dame, die nur das leiste Wahr bestreiten kann, triumphierend: „meine Tochter — politisch unerlaubt! — Rufen Sie auf, Zeitrit, lassen Sie mich Schönau sterben! — Ach Schönau! Wagner ist der größte Kämpfer — nicht?“

„Und der größte Dramatiker dazu!“ sagte Schönau, den Kopf bestimmt und fest geschlossen, stieg an der Seite der Dame hinunter.

„Wieder, wieder!“ rief die Wonne, Schönau mit ihren Händen auf die Schulter legend.

„Nichts, jede Freude lächeln fort. — Ich, der Name gewinnt, den Namen verhindern, jedes Lächeln aufzugeben, oder kann mir bestimmt. — Jetzt sei ich möglichst heim zu gehen, ich habe keine Zeit, meine Wohnung in der Nähe dieser Mauern zu beladen. — Das kann mich nur bei den Nationalsozialisten passieren — den Nationalsozialisten, wie Sie wissen, kann ich nicht mehr annehmen. — Sie müssen zwischen Ihnen, wenn es um die Nationalsozialisten geht. — Nationalsozialisten, Nationalsozialisten, Nationalsozialisten müssen Sie nicht mehr annehmen. — Sie müssen mich nicht mehr annehmen.“

Kirche und Geburtenrückgang.

Die deutschen Bischöfe haben einen Hirtenbrief erlassen, der am 11. und 18. Januar in den katholischen Kirchen Deutschlands verlesen worden ist und der jetzt von der Zentrumszeitung abgedruckt wird. Der erste Teil handelt von dem Geburtenrückgang; er ruft auf „zum Schutz der christlichen Familie, die von durchbaren Betteln und Bettasern schwer gefährdet ist.“ Die Geburtenzahl sei in Deutschland von 42 pro Tausend Einwohner im Jahre 1876 auf 29 im Jahre 1911 zurückgegangen, „und zwar im letzten Jahrzehnt in England rascher als selbst in Frankreich und Belgien“. Aus dem Hirtenbrief sei das folgende wörtlich wiedergegeben:

„Die täuschen sich und andere, die den Rückgang der Geburten lediglich oder hauptsächlich aus ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, aus der Zeuerung der Lebensmittel, der Erziehung der Lebenshaltung herleiten wollen. Unser Volk hat sich durch viele schlimmere Zeiten hindurchkämpft, ohne daß jene schlimme Erfahrung eingerettet wäre. Nachweisbar ist das bestiegne Nebel nicht eine Folge der Not, sondern eine Folge des Luxus; in den oberen Städten, in reichen und wohlhabenden Kreisen, hat es seinen Anfang genommen und ist erst mit den Dingen dieser Städte allmälig auch ins Volk eingedrungen. Wir müssen gerne nicht in Abrede stellen, daß mancherlei soziale Missstände der Gegenwart das Nebel gefordert und gesteigert haben, so namentlich das Wohnungsseinden in den größeren Städten. Hier müssen soziale Fürsorge und christliche Fürsorge zusammenstoßen und alles aufstellen, um diese schlimmen Zustände zu überwinden. Über das sind nur Redensarten. Die Hauptursache, der Hauptschuldige, ist der böse Wille, der böswillige, lasterhafte Missbrauch der Ehe. Die spirituelle Höflichkeit, die sofort Platz greift, wo christlicher Glaube und christliche Sitte schwanden, ist bereits hinabgedrungen bis zur Lebenswurzel der Familie. In vielen Kreisen ist die Christlichkeit vor der Heiligkeit der Ehe verloren gegangen. Man will die ethischen Rechte ausüben, ohne die ethischen Pflichten auf sich zu nehmen. Jüngstes Beispiel, fast berechnende Selbstsucht und Habucht, teure Schenken und Opfer versucht dazu, daß man schwach dem Schöpfertuile Gottes Trost bietet, die Natur vergnügt. Der Hauptzweck der Ehe bereitet, sie entwirkt, verunstaltet, mit Unfruchtbarkeit schlägt, die Kinderzahl vermindest, so durch Vernichtung des lebendigen Lebens geradezu zum Mörder wird.“

Weiter wird der Geburtenrückgang bezeichnet als „die Pest, die dem Reiche gegen Christentum und Kirche auf dem Fuße folgt“. Dann läßt sich der Hirtenbrief über die Heiligkeit der Ehe aus, die „von dem allmächtigen Gott zugleich mit der Errettung des Menschen gesegnet“ worden sei, und die er „schon im Paradiese gesegnet und mit seiner Schöpferkraft bestreikt“ habe.

Die Bischöfe gestehen stillschweigend ein, daß die Kirche es nicht für nötig gehalten hat, mit einem solchen Hirtenbrief zu kommen, solange sich die „Geburtenregulierung“ auf die Kreise der Besitzenden befränkte, also derjenigen Kreise, die leichter ein Nachkommenschaft erzielen, vermehren und großziehen können, als die Besitzlosen mit einzigem sind. Der ganze Brief der studierten Kirchenfürsten ist ja mit seinen antisozialistischen Ansichten nicht für die Besitzenden und Wohlhabenden, sondern für die geistig und sozial Armen bestimmt. Die Epistel über die Heiligkeit der Ehe hätte auch viel früher kommen können, und zwar wäre sie zu Recht gewesen an all die kirchentreuen katholischen Bourgeois, die im klerikalen Leben eine große Rolle spielen und trotzdem das Gebot der ehelichen Treue immerfort als einen Zwischenfall bewertet haben. Aus jeder Stadt ziehen sich ultramontane Gruppen nennen, die auf die Heiligkeit des Sacramentes der Ehe pfeifen.

Genau so denkt man in diesen Kreisen über die „Pest des Geburtenrückgangs“, die mit dem „Kampf gegen Christentum und Kirche“ wirklich nichts zu tun hat. Die Herren Bischöfe mögen mal die Namen der klerikalen Führer, beispielsweise der Zentrumsabgeordneten, der Reihe noch vornehmen, um festzustellen, wie weit die Kinderzahl der großen Weitheit dieser Leute noch von dem französis-

machen, der Dramatiker, dessen Biograph, sowohl anfangs, als jetzt, bekanntlich war und ist, dem Jahrhundert und Körper der Zeit den Abdruck seiner Gestalt zu zeigen. Dazu gehört aber in erster Linie, daß er Shakespeares goldener Regel eingedenkt bleibt: „Sie auch nicht allzu zahn! und eben, daß Wagner gar nicht zahn ist, daß er die Ruhmheit hat, welche seine Feinde Frechheit nennen, die springenden Punkte in dem Charakter seines Jahrhunderts auch wirklich her vorbringen, aus dem Körper seiner Zeit auch die Ausdrücke herauszuschälen, zu lassen — das ist es, was ihm in den Augen aller, die Ohren zum Hören und Augen zum Sehen haben, so himmelhoch über seine Konkurrenten emporhebt.“

„Ich möchte Sie wissen!“ rief die Baronin, — „weiter lieber Schönau, weiter!“

Schönau verbarg sich.

Welches aber sind die springenden Punkte unseres Jahrhunderts? Fragen Sie unsere Philosophen: Schopenhauer, Hartmann —

„Das ist was für Sie, Carla!“ rief die Baronin.

— Sie werden Ihnen antworten: die tiefe Überzeugung von der Ungleichheit, Jämmerlichkeit, Schärlichkeit — sprechen wir das Wort aus: Nichtsmöglichkeit dieses unsres Erdenseins; und als Correlat dazu: das bemerkenswerte Schicksal nach der Klarheit, dem klaren Klats, dem kl. und klugsten der Dinge, in welchem wiederum zu versinken der geistigste Natur mit Kraft als einzige Rettung und letzter Zufluchtsstelle aus dieses Lebens. Wisse und Gesetz erscheint und in welchen sie auch zwecklos wirken sollte, wenn der Wille nicht wäre, der riesenhafte, unüberwindliche, unausrottbare Wille, der nichts weiter will, als leben, genießen, den schwärmenden Reiz des Lebens, Wiebens, auszuschöpfen und auszuschöpfen bis auf den letzten bitteren Tropfen. Enthagung dort — Genug hier — beide im Niedern, weil eines von dem Andern weiß, eines das Anderen hat, wie die feindlichen Geschwister. Und aus dieser Krieg und Widerstand einig unvereinbarer Gesellschafter, dies Schlimmste und Gerücksichtslosesten in tollstem Durchdringender und unerbittlichen Kampf, wischen Schändel, dieser Verbrechen, dieser Verkrüppelung und diese Sternenkampfbewegte der anderen Menschheit, non der, Höhe in den Himmel, vom Himmel zur Erde sinkend, zufrieden, verschwenderisch und beschreibend — bis alles und noch ein wenig mehr überzeugt in endlosen Ewigkeit und unendlichen Alterslang: gewusste Vergangenheit an einer endlosen Strecke der Ewigkeit unvergänglich, während aus den leeren Hügelböden eine gespenstische Stadtluft fließt — die Einsiedelnden füllten auch hinterließende Grabstätten verkommenen Eltern, Rücken von den schweren Säulen zerstört und trockenende Rosen am Boden der Vermutterung — so haben Sie den Menschen und den Bürger, die Brum-

schen Zweifelkindsystem entfernt ist; einzelne der Herren halten es sogar für bequemer, auf das von dem allmächtigen Gott gesetzte und von Christus zum Sakrament erhobene Institut der Ehe zu verzichten.

Die Bischöfe können den Einfluß der sozialen Not, insbesondere des Wohnungsselns und der Lebensmittelverteilung, auf die Geburtenzahl nicht ganz leugnen; sie bestreiten, daß das die Hauptursachen sind. So müssen sie reden, sonst würden sie gegen den Boden- und den Lebensmittelwucher ankämpfen müssen, der von den christlich sich nennenden Machthabern und Parteien getrieben wird. Darum übergehen die Bischöfe auch absichtlich die Gauleitungssiebelkeit, jene wirkliche Pest, die den stürmischen Teil aller Neugeborenen schon wieder im ersten Lebensjahr hinwegrafft. Wer den Geburtenrückgang belagt, der muß vor allem dafür sorgen, daß die Hunderttausende lebensfähiger Kinder erhalten werden, die jetzt an den Einrichtungen der von der Kirche mit all ihrer Macht gesetzten Staats- und Gesellschaftsordnung bald nach den Geburt zugrunde gehen.

Das preußische Wohnungsgesetz

passierte am Sonnabend in der ersten Lesung das Dreiklassenhaus. Der konservative Landrat v. Hassel wandte sich nach einstimmigen Worten des Handelsministers dagegen, daß der ohnehin so summative Entwurf auch auf dem platten Lande ansetze soll. Der Zentrumsabgeordnete Wuermerling, ein hoher Beamter des Reichsamtes des Innern, will das Gesetz so gestalten, daß dem Reich keine Gelegenheit zu ergänzendem Einfließen bleibt. Herr Künzler von den Nationalliberalen und der Volkspartei lehnen vorerst die Übertragung der Wohnungs- und Haupoltizität an die Gemeinden und selbst er treitnehmer Lüdke wünschte hier ein Zurücktreten des Polizei, gegenüber ehrenamtlicher Bürgerarbeit. Hoffentlich nicht bloß deswegen, weil es sich hier um lokale Arbeit handelt, die man nicht einfach mit Jagdverlassen befreien kann! Gründliche Rücksicht auf die Lückenhaftigkeit der Regierungsvorlage nachwie, die Begünstigung der Agrarier auch bei dieser Gelenkfrage feststellte. Gründliche Wohnungskreislauf auch auf dem platten Lande, gemündliche Haupoltizität forderte und die Tert investitionen des Reichs brandmarkte. Das Gesetz ging an eine Kommission, in der auch wir vertreten sind. — Heute Montag beginnt die zweite Lesung des Gesetzes.

Ostelbische Wahlsitten.

Die Wahl des kreisfreien Landrats b. Halem im Wahlkreis Schriesheim beschäftigte am Freitag übermals die Wahlprüfungskommission des Reichstages. Am Januar 1912 wurde Herr v. Holen dadurch gewählt, daß 400 Stimmzettel, die auf den polnischen Kandidaten v. Sah-Jaworski lauteten, zu Unrecht für ungültig erklärt wurden. Die Wahl wurde deshalb im November 1912 von der Kommission bestätigt. Herr v. Holen warnte die Entscheidung des Plenums garnicht ab, legte sein Mandat nicht nieder und erzielte dadurch, daß die Nachwahl bereits am 30. Dezember 1912 unter Benutzung der alten Wahlergebnisse stattfand. Und nun setzte ein geradezu standesgemäßes Verfahren ein. Man stellte einfach eine Menge polnischer Wähler aus den Listen. Es z. B. einen Wähler, weil er einen Soldatenzeittel erhalten hatte, einen anderen, weil seine Schwiegertante der Urnenunterzung bezogen, einen anderen, weil er eine Dienstleistung für einen anderen Wähler haben sollte. Die Wahlwörther haben dann einfach je einen polnischen Stimmzettel wieder aus der Urne herausgenommen. Sämtliche polnischen Wähler, die seit der Hauptwahl verstorben waren, wurden nicht zur Wahl zugelassen. Dagegen hatte man Vorsorge getroffen, daß die mittlerweile verstorbenen deutschen Wähler ihr Wahlrecht ausüben könnten. Auf diese Weise siegte Landrat v. Holen mit 8017 Stimmen gegen 7891 Stimmen, die auf den polnischen Kandidaten entfielen. Die Prüfung der amtlichen Feststellungen ergab bereits, daß Landrat v. Holen die Mehrheit der Stimmen nicht mehr besitzt, so daß an der übermäßigen Ungültigkeit seiner Wahl nicht zu zweifeln ist. Trotzdem läuft dieser Herr das Mandat, von dem er genau weiß, wie es ihm verhakt wurde, ganz seelenruhig aus.

Auch die „Erklassigen“ in Thüringen opponieren. In der ersten Sitzung des Reichstagsparlaments wird voraussichtlich schon am Montag eine Interpellation über Sabern verhandelt werden, die unterzeichnet ist von Graf Andlaw, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Unger, Dr. Börsig. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Herr Staatssekretär zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu-

nahrt und Monsalvat, den chronischen Viehbesammler und die Saubertänze nach Vorschrift; da haben Sie, nehmen Sie alles nur in allem, Ihnen, dessen Gleichen man immer hat und wieder sehen wird — da haben Sie Richard Wagner! Und nun, meine gnädigste Frau, meine Damen, erlauben Sie mir, mich zurückzuziehen, bevor das entzückte Schweigen, in welches ich Sie versetzt habe, sich in Worten Lust macht, die gewiß nicht die Bescheidenheit der Natur, aber doch meine Bescheidenheit verletzen würden.“

Schönau hatte der Baronin Kniebrüche die Hand geküßt und war, Ottmar mit sich fortziehend, davongetreten. Einige lachten hinter ihm her, andere schrieen über Verrat; die Baronin rief einmal über das andere: „Ich weiß nicht, was Ihr wollt! er hat ja vollkommen Recht! — Der Leutnant von Tettils, der, als entagelter Wagnerianer, sich ernstlich beleidigt fühlte und bei sich überlegte, ob er nicht Schönau wegen dieser Insulte fordern müsse, suchte ihr zu beweisen, daß der Hauptmann sie auf das Abschleusen zusätzigt und ironisiert habe. — „Ohne Sok ich es gemacht hätte?“ rief die alte Dame, — „so was dürfen Sie mir nicht sagen, liebes Kind, was Ironisierten heißt, das verfehlt die alte Kniebrüche besser — politiv besser!“

Geschwindigstes Kapitel. Zum Glück wurde in diesem Augenblick das Souper ausgerufen, das von einem in dem bis dahin geschlossenen Saal verhandelt hatte, verließ wurde. — „Haben Sie sich noch nicht engagiert?“ fragte Else Reinhold im Vorüberstreifen; — „dann schnell! Schneiden Sie sich von Tischbach vorst auf Sie, ja, falls Sie auch noch so große Augen machen! Es ist alles verabredet; Sie steht da an dem Spiegel und Reinhold v. Rossow, die von Schönau engagiert ist; ich lasse mich nicht engagieren, kommt aber her nach — wir sitzen dort an dem kleinen runden Tisch im Fenster. Und nun schnell, schnell, oder es kommen andere aufwarten!“

Reinhold beeilte sich, einem so lieben Besuch folge zu lassen. Else hielt Ottmar, der an ihr vorbei lief, an: „Bitte Dich, liebst, besser Ottmar, führe Carla zu Tisch! Sie hat ganz sicher auf Dich gewartet. Du hast wahrlich ein Wort wieder gut zu machen.“

„Man tut es nicht dadurch, wenn man ein zweites besucht.“ Das verfehlt die nicht, aber Du bist es Ihr und uns allen schuldig.

„Ich soll eben aus den Schulden nicht herauskommen — Sie zu lieben Dal! — und er würde mit den Augen nach Carla, die eben an Golms Arm zu dem nächsten Tisch ging. — Du siehst, wie sie auf mich gewartet hat.“ (Fortsetzung folgt.)

verirren, dass die zugesagte Verteilung der sozialdemokratischen Eisenbahnlinien sich in Zukunft innerhalb der Schranken ihrer Gefangenheit halten?"

"Gesundheitlich nicht ganz wohl!" Die Verhandlung der neuen Fabriks-Interpellationen wird, wie die "Volk" mitteilt, erst am kommenden Donnerstag oder Freitag stattfinden, da der Reichskanzler sich gesundheitlich nicht anfangen wohl fühlt. — Über die Einbringung der Initiativansprüche auf reichsgesetzlich: Regelung des militärischen Waffengebrauchs fanden, wie das "Berliner Tageblatt" mitteilt, im Reichstage Besprechungen zwischen dem Zentrum und liberalen Parteien statt. Zu einer endgültigen Entscheidung ist es noch nicht gekommen, da die Formulierung der Anträge Schwierigkeiten macht. Es wird darauf hingewiesen, gemeinsame Anträge einzubringen. Auch die Sozialdemokraten bereit in bekanntlich Anträge vor, die sich auch auf die Reform des Militärstrafrechts beziehen.

Reichsgesetzliche Regelung des militärischen Waffengebrauchs. Das "Volk" teilt mit, von fortgeschrittlicher Seite sei ein Initiativanspruch ausgearbeitet, durch welchen ein Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Militärs und seine Polizeiüberprüfung angestrebt wird. Durch die Übernahme des Artikels 88 der preußischen Verfassung und des preußischen Gesetzes über den militärischen Waffengebrauch vom Jahre 1871 soll die ganze Frage eine rechtsgesetzliche Regelung erfahren. Sowohl von rationalliberaler wie von Zentralseite sei die Bezeichnung ausgesprochen worden, den Antrag als gemeinsamen Initiativanspruch der drei Mittelparteien einzubringen.

Prozeß gegen den "Zaberner Anzeiger". Der "Zaberner Anzeiger" hatte am 2. Januar v. d. i. d. Leutnant v. Körting, Leutnant Boettger vom 99. Infanterie-Regiment hätten Soldaten dieses Regiments schwarz missbraucht. Die "Süddeutsche Correspondenz" heißtt sich nun, die Macht habe in die Welt zu ziehen, die Anschuldigung er habe, "da erneut Anzeiger" sei völlig halslos und das Ermittlungsverfahren gegen die beiden Offiziere sei eingestellt worden. Die Aten seien jedoch der Staatsanwalt schrift zugeführt zur weiteren Veranlassung gegen den "Zaberner Anzeiger" wegen wissentlich falscher Anklage.

Der Rechtsrat der "oberösterreichischen Landeszeitung" freigesprochen. Die oberösterreichische Landeszeitung, "habe von einem unehelichen Verlegerstaat in Weitreibung erhalten, der Karrier Scheer habe in einer Demonstrationversammlung am 30. März 1913 den Ausdruck gemacht: „400 Offiziere ... 400 Richter!“ Der Kriegsminister stellte Strafmaßregeln für die Bekämpfung des deutschen Offizierskorps. Karrier Scheer und andere Zeugen erklärten, daß er die infrakturale Wendung nicht gebraucht habe. Der verantwortliche Redakteur der Landeszeitung, Stadtrat Haege, erklärte, der Ausdruck „Richter“ sei nicht identisch mit Faukener, sondern er habe nur die Bedeutung „unwürdig“. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von 20 Mark. Das Gericht erkannte dem Antrage des Verteidigers entsprechend auf Einspruch.

Ausweisung. Die Behörden haben den Kaufmann Georg Herold aus Düsseldorf ausgewiesen wegen sozialdemokratischer Affiliation. Herold, der ein Österreicher ist, ist Mitglied des sozialdemokratischen Vereins sowie des Freien Hindenburgsverbands. Das könnte Vieh zu natürlich aussehen.

Zentrumslederlage bei einer Gemeinderatswahl. In dem Mainzer Vorort Weisenau erhielt das Zentrum eine empfindliche Niederlage. Von sieben zu wählenden Kandidaten fielen zwei Mandate der Sozialdemokratie, drei den Liberalen und nur zwei dem Zentrum zu. Weisenau war früher eine Domäne des Illinoianismus.

Krisis bei den Mainzer Fortschritten. Aus der einst sehr fröhlichen demokratischen Partei in Mainz, war auch bei der allgemeinen Wandlung eine sozialistische Volkspartei geworden, die bald, je nach Konstitution, national-liberal oder ultramontan — oftmals auch in beiden Farben — schied. Dieses charakterlose Daeth teilte die fortgeschrittliche Organisation jahrelang, bis bei der letzten Stadtverordnetenwahl im Dezember des vorigen Jahres, die besseren Elemente dieser Partei ein Ende herstellten und sich entschlossen auf die Seite der Sozialdemokraten stellten während die offizielle Parteileitung sich dem schwarzblauen Block gesellte. Nach der ellsenischen Niederlage, die diese gemischte Gesellschaft bei den Stadtratswahlen am 4. Dezember erlitt, wollte die Parteileitung eine „teilweise Scheidung“ herbeiführen. Doch es kam anders, als die Freien wünschten und vermuteten. Die einberufene Generalversammlung entschied zugunsten der demokratisch gebliebenen Mitglieder und legt den sozialdemokratischen Geschäftsmachern d. n. Stuhl vor die Tür. Und als auch der Appell an den Landesausschuss nicht die erhoffte Wirkung hatte, gründeten diese sonderbaren „Fortschritter“ unter Führung des Reichsanwalts Soldau einen neuen Verein und fordern jetzt das „sozialistisch gesinnte Bürgertum“ in der Presse auf, dieser neuen Vereinigung beizutreten.

Ausland.

Eine russische Spionageabteilung in England.

Wie der "Daily Citizen" berichtet, wurde vor einem Jahre eine britische Abteilung der russischen Geheimpolitik eingerichtet. Der Leiter ist ein früherer en licher Polizeiinspektor, der bislang nur vier Suizide in seinem Dienste hat, darunter kein Russe oder der russischen Sprache mächtiger. Diese Agenten haben alle Höhlen und Eisenbahntunneln zu überwachen, die aus Russland kommenden zu ermitteln und ihre Vergangenheit festzustellen. Man sucht auch ihre englischen Freunde zu erfragen. Hauptfach handelt es sich natürlich um die Überwachung von Delegierten und politischen Flüchtlingen, über die genaue Berichte an die Pariser Regierung geliefert werden. Die Abteilung, die sich, wenn die englische Regierung sich die ganze Sache dauernd gefallen läßt, mit der Zeit recht ähnlich annehmen dürfte, steht auch t. Dienste des russischen Auswärtigen Amtes, hat also auch Spione ebenso gegen England zu leisten. Von Paris gehen die Berichte je nachdem an den Petersburger Polizeidirektor oder an die dritte Sektion des russischen Ministeriums des Innern. Da die Rekrutierung gezielter, kräfte schwach war, ging der Kaiser Chef dazu über, Leute aus dem englischen Polizeidienst anzuwerben. Gleich wurde die Sektion einem bekannten höheren Polizeiabeamten außer Diensten entzogen. Dieser lehnte jedoch trotz des angebotenen hohen Gehalts ab, nachdem er sich über die ihm angebauten Tatsachen informiert hatte. Darum läßt sich die Heimlichkeit dieses Spionsdienstes einschätzen.

Eine Erinnerung an den Sohn Röhl. Bei der Verleihung des Nachlasses des Obersten Röhl hatte ein Schüler einen unentwickelten photographischen Film erworben, den er im Schullaboratorium entwickelte. Dabei ergab es sich, daß man die Photographie eines mit der Unterrichtszeit des Thronfolgers verlebten Reiterscheitern in den Prager Kopftrommendunden vor sich hatte, die schon wieder in das Kriegsministerium zurückbrachte worden ist, nachdem sie außer dem Schüler und dem Professor keine Stulpersonen zu Gesicht bekommen haben.

Der Wahlkreis in Sachsen. Das mit grossem Erfolg eine direkt. Auch eine Wahlkreiswahl findet keinen erzielenden. Das Manifest des Regierungswortes erklärt, daß das Land vor allen Dingen eine faire und gewissenhafte Regierung haben will, wenn es nach innen und nach außen in Frieden leben will. Das Mindest des Sozialisten ist vollendet, kann nicht mehr die Regierung. Es schließt mit dem Kürzeln „Nieder mit dem Militarismus, hoch das Volksheer! Nieder mit dem Mannesfeind.“

noch die verputzt auch in den demokratischen Wählern. Schlossw und Malinow nahestehenden Bildern wird besonders scharf gegen den Baron Ferdinand agiert.

Eine Verschwörung gegen den griechischen König. Auf eine Anzeige hin, die eine bulgarische Dame bei der Staatsanwaltschaft in Salonik erstattete, wonach das bulgarische Comitee in Sofia in einer geheimen Sitzung die Ermordung Königs Konstantin beschlossen habe, und daß vier Personen ausgestoßen worden seien, welche die Tat ausführen sollen, nämlich Michail, Mavrodiew, Paolo Angelow und Giovanni, hat die Saloniker Polizei eine Untersuchung eingeleitet. Michail, der sich ebenso wie Angelow in Salonik aufhielt, wurde sofort ausgewiesen. Angenommen behauptet, italienischer Unterton zu sein; die beiden anderen haben Bulgarien noch nicht verlassen.

Internationale Solidarität. Die ersten, die den deutschen Banken gestellt in ihrem Kampf um das Koalitionsrecht kämpften, befinden, sind die Grossen der Schweiz; in fast sämtlichen Arbeiterschriften wird das Vorgehen der Generalkommunisten beklagt. Und so machen darum aufmerksam, daß die "Deutsche Presse" eine Tochtergesellschaft in der Schweiz hat, die Schweiz, Kreditanstalt in Zürich, Genf, St. Gallen, Luzern und Basel. Der von der Generalkommunisten der deutschen Gewerkschaften ausgesprochene Boykott muß natürlich auch auf die schweizerische Tochtergesellschaft ausgedehnt werden. Die Gewerkschaften u. legen ihre Gelder jetzt bei der Kasse des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine oder bei den Nationalbanken an.

International Solidarität. Die ersten, die den deutschen

Prinzipal wollte allerdings seinen Herrn auf der anderen Seite verteidigen, als der Mann der Prager Schriftsteller von ihm gewesen war, und wendete sich deshalb mit einem Schreiben an die Gewerkschaft. Diese verzichtete jedoch auf seine neuerliche Anrede in der Tatsache.

In München ist ein erfreulicher Fortschritt in Bezug auf die Annahme des Gehaltentarifs zu verzeichnen. Mehr als ein Hundert aller Gesellen arbeiten in 21 Betrieben, die den neuen Tarif anerkannt haben. Es ist dies ein Hinweis der Buchdrucker in München, einem Bande, in dem die Schriftsteller des Industriellenbundes kaum eine freie Regung unter den Unternehmern erfahren läßt.

In Österreich sind rund 800 Betriebe mit nahezu 8000 Gehalten und mehr als 900 Hilfsarbeitern, für welche der Kampf mit dem Siege der Arbeiter beendet ist. Rechnet man die 200 Gehalten dazu, die in Wiener Betriebsbetrieben, in Schuhfabriken und Stereotypen und in den Staatsbetrieben arbeiten, so begreift man, daß die Schriftsteller über den Erfolg ihrer Ausprägung keineswegs erfreut sind.

Mitgliederrückgang im Verband Katholischer Arbeiterschwestern (GK München-Gladbach). Der "Arbeiter", Organ der katholischen Arbeiterschwestern (GK Berlin) teilt in seiner Nummer 8 vom 18. Januar mit, daß sein Nebenbuhler, der Münchner-Gladbachs Verband, der Schließung der "christlichen" Gewerkschaften, von 204.488 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1912 auf 202.000 im Jahre 1913 sank. Ist der Mitgliederrückgang nur auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen oder tat die Enthüllung des Verborgenen ihre Schuldigkeit? Langsam, aber sicher schwindet die Münchner-Gladbachs Richtigung.

Die bayerischen Staatsbeamten. Vereine der höheren, mittleren und unteren Beamtenkategorien haben den Befreiungsbefreiung zu einer Arbeitsgemeinschaft vollzogen. Der Verband begreift in der Hauptstädte eine viel amere Vertretung der gemeinsamen Interessen an der Regelung bei der Feststellung von Gehaltsverhältnissen.

Die argentinischen Hafenarbeiter ausgesperrt? Ein Streit, der einzelne Zweige der Arbeiterschaft im hiesigen Hafen umfaßte, hat die Arbeitgeber veranlaßt, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Infolgedessen ist der Betrieb im Hafen lahmgelegt.

Die Möbelarbeiter in Genf führen seit 14 Wochen einen erbitterten Kampf um die Forderung des Neunstundentages. Erhöhung der Stundenlöhne usw. — Zugang von Bau- und Möbelarbeitern ist von Genf und Umgebung bis auf weiteres strengstens fernzuhalten.

Bauarbeiteraussperrung in England. England wird von einem neuen Streit bedroht, der schwere Folgen für das Wirtschaftsleben nach sich ziehen kann. Zwischen den englischen Bauunternehmern und Arbeitern ist es zu ersten Konflikten gekommen und es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn nicht noch in dieser Woche eine Einigung erzielt wird, die Bauunternehmer sich zusammen schließen und allgemein ihre Arbeiter aussperren werden. Eine solche Maßnahme würde von unzähligen Hafen, da von der Aussperrung etwa 150000 Männer betroffen werden würden. Die Bauunternehmer wollen zu dieser Maßnahme greifen, wenn es nicht gelingt, die Arbeiter von ihrer Forderung, nur solche Arbeiter zu beschäftigen, die dem Bauarbeiterzubruck angehören, abzubringen.

Der portugiesische Eisenbahnerstreit. Der Streit der portugiesischen Eisenbahner hat an Ausdehnung nicht weiter gewonnen, doch sind die Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Eisenbahngesellschaften gekehrt und zwar in der Hauptstädte, weil die Gesellschaften sich nicht zu den geringsten Konzessionen verstellen wollen. Am Sonnabend wurde zum ersten Mal seit Beginn des Streits die Auslandsposta nicht befähigt und es steht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen der gesamte Postdienst nicht mehr regelmäßig funktionieren wird.

Das neue Fabrikgesetz in der Schweiz. Das neue Fabrikgesetz in der Schweiz bringt die 50 Stundenwoche, also täglich 6 Stunden und Samstags 6 Stunden, gesetzlich. Es gibt in allarbeitszeit für Betriebe, die den Samstagnachmittag freigeben, die Arbeitszeit von 10½ Stunden mit siebenjähriger Übergangsstufe bis zur Einführung des Feinstundentages. Nach sieben Jahren wird die 55½ stündige Arbeitswoche, je zehn Stunden die ersten fünf Wochenstage und 6½ Stunden Samstags, das geplante Maximum sein, wenigstens für Industrien mit Frauenarbeit. Weiter bringt das Gesetz die Erhöhung des Eintrittsalters für Arbeitnehmer auf fünfzehn Jahre und für den Schutz von Frauen und Kindern einige Vorschriften. Endlich wird die Möglichkeit von obligatorischen Schiedsgerichten und die absolute Unentgeltlichkeit sämtlicher Disziplinare zwischen Fabrikanten und Arbeitern geschaffen.

Der Ausstand in Südafrika scheint nach den letzten Nachrichten allmählich abzusinken. Wenn auch hier und da noch Verhälse gefaßt werden, den Streik fortzuführen, so ist andererseits auch an vielen Orten die Arbeit wieder aufgenommen worden. Welche Gründe dabei mitspielen, kann vorläufig noch nicht übersehen werden. Vielleicht spielt die Befreiung vor den schwarzen Arbeitern auch eine große Rolle. Der Passengergenossen ist in Südafrika eben noch weit stärker als der Gegenjahr zwischen Kapital und Arbeit.

Der Verband der Gewerkschaften in Natal gibt bekannt, daß die gesetzliche Abstimmung für den Generalstreik ausgestanden ist. Der Ausschuss hat aber weitere Schritte augenblicklich aufgebrochen. Der Streit der Kohlenbergleute im nördlichen Natal ist an die Ende nahe. Die Bergarbeiter melden, daß die Hälfte der Bergleute arbeitet. — Der Eisenbahnmüller hat allen Eisenbahnherrn mitgeteilt, daß Arbeitswillige sich in den Zentren melden müssen. Soweit Bedarf herrscht, werden sie mit dem früheren Plan und Gehalt eingestellt werden, bis das Parlament endgültige Entscheidung trifft.

Sozialliche Lebensversicherung. Massachusetts war die erste Stadt in den Vereinigten Staaten der vor 4 Jahren sozialen Sparbantei und Lebensversicherung einführte, besonders um die Arbeiter von der Ausbeutung durch die privaten Gesellschaften zu befreien. Diese mussten deshalb ihre Prämien schon um 20 Prozent und mehr herabsetzen. Trotzdem blieben ihnen ungeheure Überschüsse besonders durch das "Verfallen" der Polizei. Bei den privaten Prudential-Versicherungsgesellschaften z. B. verloren in einem Jahre nicht weniger wie 57.4 Proz. aller Polizei. Dabei verlor gabs die Gesellschaft durchschnittlich 40.9 Proz. der Prämien des ersten Jahres für kommt hinaus. Nicht besser sieht es bei den anderen Gesellschaften aus. Der Plan der Prudential-Main ist, daß der Arbeiter am Tag in einer der 4 staatlichen Sozialversicherungen teilnehmen kann, die als Annahmestellen fungieren, aber in einer bei 13 verschiedenen Städten, die für 1 Proz. Arbeitern, 15 bei 50 Prozent, machen ihn in den privaten Kostengesellschaften und Prämien in der Verbindung allgemein beliebt. Im Jahre 1906 konnte Röhl noch der Heimat zurückkehren, da er sich aber fortgelebt war. Seine letztere Charakter und sein unerschütterlicher Glaube an die heilige Sache, der er sich gewidmet, machten ihn in den privaten Kostengesellschaften und Prämien in der Verbindung allgemein beliebt. Im Jahre 1906 konnte Röhl noch der Heimat zurückkehren, da er sich aber fortgelebt war. Seine letztere Charakter und sein unerschütterlicher Glaube an die heilige Sache, der er sich gewidmet, machen ihn in den privaten Kostengesellschaften und Prämien in der Verbindung allgemein beliebt. Im Jahre 1906 konnte Röhl noch der Heimat zurückkehren, da er sich aber fortgelebt war. Seine letztere Charakter und sein unerschütterlicher Glaube an die heilige Sache, der er sich gewidmet, machen ihn in den privaten Kostengesellschaften und Prämien in der Verbindung allgemein beliebt.

Die russische Spionageabteilung in England. Die Arbeitgeber erzielten in vielen Städten mit dem Staat zusammen und teilweise einen Übereinkommen mit den Gewerkschaften, der auch gleichzeitig einen gewissen Beitrag für die Bergarbeiter in Südafrika bringt. Dies auch zahlreiche Teile der Gewerkschaften in Südafrika eben noch weit stärker als der Gegenjahr zwischen Kapital und Arbeit. Diese Entwicklung hat sich so bemerkbar, daß sie leicht von anderen Städten eingeführt wurde.

Parteianangelegenheiten.

Gremienhaltung im Wahlkreis Rosenberg-Löbau. Eine Parteiversammlung in Deutschland-Löbau, der größten Stadt des Rosenberger-Löbau-Wahlkreises, bestätigte die

Freiheit. Gremie. Schröder, der Redakteur der "Danziger Volksstimme", soll sich am 15. Januar vor der Danziger Stadtkammer in zwei Fällen von Schuhmann beklagt haben. Der erste Prozeß wurde vertragt, weil ein wichtiger Zeuge am Erscheinen verhindert war. Im anderen Falle versetzten die Zeugen ihre, d. h. Berichterstatter der "Volksstimme" gesuchte Aussage hinter sie vor Gericht nicht aufrecht. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe. 200 Mt. batte der Staatsanwalt beantragt.

Ein russischer Parteiveteran. Peter Röhl, einer der ältesten und bekanntesten Sozialisten Russlands, starb in den Jahren 1906 und 1907 das dreißigjährige Jubiläum seiner Tätigkeit. Als junger Student und begeisterter Anhänger der ersten russischen sozialrevolutionären Partei "Proletariat" wurde er 1885 vom Warschauer Amtsgericht zu langjähriger Zwangsarbeit mit nachfolgender Leben langem Verbannung in die Russische Sowjetunion verurteilt.

Sein letzteres Charakter und sein unerschütterlicher Glaube an die heilige Sache, der er sich gewidmet, machen ihn in den privaten Kostengesellschaften und Prämien in der Verbindung allgemein beliebt. Im Jahre 1906 konnte Röhl noch der Heimat zurückkehren, da er sich aber fortgelebt war. Seine letztere Charakter und sein unerschütterlicher Glaube an die heilige Sache, der er sich gewidmet, machen ihn in den privaten Kostengesellschaften und Prämien in der Verbindung allgemein beliebt.

Der Kampf der österreichischen Buchdrucker. Ein Gremie ist der Lohnkampf der Buchdrucker wieder. In ganz Österreich gibt es nur noch einige kleine Unternehmen, bei denen noch nicht breitgestrichen wird.

Zeit des ungeheurelichen Terrorismus, den die bestehenden Gewerkschaften auf jene Todesstrafe angewiesen haben und daher weitergehen müssen, ist es nicht mehr in Südmähren, sondern in Südböhmen, wo die Gewerkschaften am meisten Gewalt ausüben.

Ende des Artikel. In der am 15. Januar erfolgten Versammlung der Buchdruckervereine zu Wien, der Gewerkschaften, die der Mann der Prager Schriftsteller von ihm gewesen war, und wendete sich deshalb mit einem Schreiben an die Gewerkschaft. Diese verzichtete jedoch auf seine neuerliche Anrede in der Tatsache.

Am 17. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, entschlief nach langem, geduldig ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

13827

frau Berta Langner

geb. Künzel

im 44. Lebensjahr.

Leicht sei ihr die Erde!

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. Mts., nachm. 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbschener Friedhofes aus statt.

Am Freitag, den 16. d. Mts., verschied unser Kollege

Paul Berner

im Alter von 70½ Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Seine Mitarbeiter

der Glesserei der Linke-Hofmann-Werke.

Verspätet.

Am 14. d. Mts. entschlief nach langem schwerem Leiden unser Mitglied, der frühere Verschmied

Wilhelm Hermsdorf

im Alter von 69 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Die Beerdigung hat bereits am Sonnabend, den 17. Januar, nachmittags, stattgefunden.

Der Verstand.

Danksagung.

Beim Tode und der Bestattung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sind uns zahlreiche Zeugnisse des Bedaids und Blumenspenden für die Verstorbenen zuteil geworden. Wir danken allen, die an unserem Schmerze teilnahmen, hierdurch aufs herzlichste.

Breslau, den 19. Januar 1914.

Max Blaschke nebst Kindern.

Stadt-Theater.

Montag 7½ Uhr:
"Suzette."

Freitag:

"Das Lied in der Landstraße."

Dienstag 7½ Uhr: 13285
"Aida."

Die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die Kinosaal-Aufführung von "Das Lied in der Landstraße" findet nur Dienstag, den 20. und Mittwoch, den 21. Januar, vormittags von 10 bis 2 Uhr, an der Tagesschrift des Stadttheaters statt. Den Abonnenten bleiben ihre Plätze gegen Nachfrage der Öffentlichkeit freihalten. Der Kaufpreis und das abholbare Ticket ebenfalls bis Mittwoch verdeckt. Lieber nicht abholbare Eintrittskarten, etwas Abonnement, wird von Dienstag ab unverdeckt verfügt.

Lobe-Theater.

Montag 7½ Uhr:

"Schiris und Gertrude."

Dienstag 7½ Uhr:

"Professor Bernhardi."

Mittwoch 7½ Uhr: 13291

"Schiris und Gertrude."

Lieblich's Etablissement

Täglich 9 Uhr: 13320

Leonhard Mackei

in seinem neuesten Schlager:

"Die Dalliesprinzessin"

und d. Brill. Januar - Programm.

Sonntag, 25. 1. Nachm.-Vorst.

Viktoria-Theater.

Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

Auf. Wochentgl. 8, Sonntg. 7½.

Jeden Sonntag 3½ Uhr.

Nachm.-Vorst. halbe Preise.

Beginn wochentags gültig.

Pländer-Auktion!

Ende Januar er.

Leikhaus Westendstrasse 47, I. [13284]

13285

13286

13287

13288

13289

13290

13291

13292

13293

13294

13295

13296

13297

13298

13299

13300

13301

13302

13303

13304

13305

13306

13307

13308

13309

13310

13311

13312

13313

13314

13315

13316

13317

13318

13319

13320

13321

13322

13323

13324

13325

13326

13327

13328

13329

13330

13331

13332

13333

13334

13335

13336

13337

13338

13339

13340

13341

13342

13343

13344

13345

13346

13347

13348

13349

13350

13351

13352

13353

13354

13355

13356

13357

13358

13359

13360

13361

13362

13363

13364

13365

13366

13367

13368

13369

13370

13371

13372

13373

13374

13375

13376

13377

13378

13379

13380

13381

13382

13383

13384

13385

13386

13387

13388

13389

13390

13391

13392

13393

13394

13395

13396

13397

13398

13399

13390

13391

13392

13393

13394

13395

13396

13397

13398

13399

13390

13391

13392

13393

13394

13395

13396</p

Frauen und Mädchen, geht zur Ausschuswahl

der Allgemeinen Ortskrankenkasse im Schießwerder.

Die weiblichen Kassenmitglieder wählen heute und morgen von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.

Die männlichen Kassenmitglieder wählen Mittwoch und Donnerstag.

Wählt die Liste I der freien Gewerkschaften.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Januar.

Heute Frauenabend

des sozialdemokratischen Vereins in folgenden Lokalen:

Werner, Friedrichstraße 50a,
Heine, Leibnizstraße 12/14,
Hering, Heinrichstraße 5,
Ziller, Michaelstraße 28,
Gewerkschaftshaus, Zimmer 12,
Deutscher, Huberstraße 6.

Die Mitgliedsbücher und Lieberbücher sind mitzubringen.
Genossinnen, erscheint in eurem Frauenabend plakativ und zahlreich; er beginnt abends 8 Uhr.

Breslauer Kommunal-Chronik 1913.

(Solu.)

November.

6. Mit Zustimmung der Sozialdemokraten und Besurwaltung durch Genossen Bandtke wird der Magistratsantrag auf Bewilligung von 15000 M. für Goldstücke hervorragender Künstler im Stadttheater angenommen. Für das Nachtheile Stechenhaus werden an Stelle des vom Magistrat zur Abschaffung vorhandener Nebenstände gewünschten Neubau eines Wirtschaftsgebäudes mit bauliche Veränderungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Der Antrag des Magistrats, 30000 M. für ein Dienstauto zu bewilligen, wird mit großer Mehrheit (darunter die Stimmen der Sozialdemokraten) abgelehnt.

8. Die Verbesserung der Kupferschmiedestraße durch Abbruch der Häuser Nr. 52-57 und 60-63 im April 1914 wird beschlossen. Eine vom Magistrat verlangte und von der Sozialdemokratie durch Genossen Brösel und die Stadtvorordneten Heidrich I und Rech und dem Stadtschulrat Götz warm befürwortete Anstellung eines Sicherheitsinspectors für Polizei und Mittelschulen wird abgelehnt. Die Herstellung einer Spritzbahn an der Sauerbrunnstraße wird bestimmt. Der Vorschlag, in der Handelsvorhalle eine neue Winzergasse mit gemeinsamem Unterstand für beide Geschlechter einzurichten, regt die Herren Ritschke und Hirschel wieder mächtig auf. Stadt, Wohlauer und Schulrat Götz treten ihnen scharrt entgegen. Die Vorlage wird dem Schulausschuß überwiesen.

24. Die Anlage des Fußweges zwischen Striegauer Chaussee und Neulicher Weg wird beschlossen. Vor der Annahme der Satzungen für das städtische Pfandbriefamt zur erststehenden hypothekarischen Beliebung bisher Grundstücke wiederholt und begründet Genossen Wieler seinen schon früher gefallenen Antrag auf städtische Beliebung zweier Hypotheken für Wohnungsbau. Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit dem Ausschuss VIII überwiesen. Dem Beamtenverein wird die Vergünstigung auf Abonnements für das Stadttheater zu 50 Proz. des eigentlichen Abonnementspreises wieder gewährt. Der Vertreter mit der Eisenbahndirektion wegen Aufhebung der südlichen Friedrichstraße zwischen Höchsten- und Neudorf-Straße wird genehmigt. Der Antrag des Stadt. Kaisers, in den neuen Bahnhofsbau ein Tunnel im Zuge der Kronprinzenstraße einzubauen, wird abgelehnt.

5. Die Übernahme der Lehranstalt des biesigen Frauenbildungvereins und der Mündlichen Gewerbeschule wird abgelehnt. Hinsichtlich der ersten Schule verlangt die Stadtvorordneten-

Stadt-Theater.

Mozart-Wend.

Es war eine Art Vorfeier zu des unsterblichen Meisters Geburtstag (27. Januar) — ich meine natürlich Mozart, nicht Wilhelm II. — allerdings eine nicht allenfalls gelungene. Der Dialog war nicht sofortig genug einstudiert, sodass der Souffleur sich alles Mögliche „nachfragte“ lassen musste; Herr Kapellmeister Weißl, der die „Entführung aus dem Serail“ dirigierte, war den Sängern gegenüber wenig nachgiebig, und Herr Gläser beherrschte nicht ganz den schwer zu treffenden Mozartischen Stil. Nicht nur der Stil ist schwer, sondern auch die so schlicht und harmlos klingenden Melodien sind schwer zu lernen, daher erfordert eine Mozart-Oper eine sehr minutiöse Vorbereitung. Man sieht heute vielfach abschreckend an diesen „Alterskünsten“ vorbeizugehen; das hätte nur dann eine Berechtigung, wenn die Modernen insinde wohin, Gleichtümertig nach liefern. Leider ist das nicht der Fall. Daher bleibt ich nach wie vor bei meiner Auffassung, besser auf ältere Werke zurückzutreten, als werlose Novitäten herauszubringen. Eine Theaterleitung hat nur dann eine Verpflichtung gegen zeitgenössische Autoren, wenn sie etwas leisten. Da wird immer nach den Opern von Ritschner, Schillings und anderen gesucht, und wo man sie auffüllt, erwischen sie sich als Einlagenstücke. Ich halte es für eine große Rückstabilität, das ohnehin angestrengte Gedächtnis vom Operndichten mit wirkungslosem Drama zu überlasten. Nicht der Standpunkt des nur nach Sensationen gehenden Publikums, sondern der Künstlerische ist maßgebend. Und was dem „Parfum“ recht ist, sollte einem Künstler wie Mozart billig sein. Am Sonnabend hören ungewöhnlich viele Nachzügler den Beginn des ersten Aktes. Warum zieht man diesen nicht den Eingang? Man versucht es nur, und die Herrschaften, denen kein Gesetz zum Saiten steht, werden den Bühnenverlust respektvoller begreifen. — Die musikalische Seite der „Entführung“ war, vor obigen Ausstellungen abgesehen, ganz passabel. Der beste von allen war Herr Wittelsack, der für den erkrankten Herrn Wilhelmi eingetreten war. Eine törichte Figur, dieser Slaven-Paßon! Wie komisch in seiner ersten Würde und Wichtigkeit! Geduldig läuft er sich an und war eine sehr ammungige und musikalisch gewandte Konstanze, welche ihm eine prächtig reziproke Hoffnung und Herr Gooss ein verschmitzter Diener. Herrn Ferroth vor die Sprachlosigkeit des Baßos aufgesessen. Ganzlich fielen wieder die reizvollen Belebungseffekte angenommen auf.

Der „Entführung“ vorau ging das liebste Schaffende

Bastien und Bastienne“. Auch dieses Werk des zwölftägigen

versammlung eine neue Vorlage mit genauer Darstellung der Sachlage.

Genehmigt wird für die Handelsvorhalle die Einführung des Gelangunterrichts und eine neue Klasse mit gemeinsamem Unterricht für beide Geschlechter. Gegen den gemeinsamen Unterricht für beide Geschlechter bauen sich wieder auf die Stadt. Ritschke und Hirschel.

Große Auseinandersetzung über den Magistratsantrag, die „Jahrhundertthalle“ für Veranstaltungen aller politischen Parteien zu verneigen. Ein Antrag des lous. Stadts. Bender verlangt sogar, die Halle nur den nationalen, monarchischen und christenlichen Sozialdemokraten zu verweigern. Gegen die Anträge sprechen der Rechtsanwalt Stadt. Feige, Stadt. Heilberg und Genosse Löbe. Der Versuch des Oberbürgermeisters Matting, den Magistratsantrag zu beklagen, erregt starke Unruhe bei den Rechtsparteien. Die Magistratsvorlage wird abgelehnt, ebenso der Antrag Pückler. Selbst von den Konservativen waren nur knapp 20 Stimmen auf der Seite des Magistrats.

11. Für weitere Automobilisierung der Feuerwehrfahrzeuge werden 20000 M. und für Umbauten für das Altersheilig-Hospital 102270 M. bewilligt. Die bereits vom Finanzausschuss gebilligte Einführung des Bringsystems mit Scheinkontrolle für die Zahlungen an die städtischen Betriebe wird nochmals an den Ausschuss verwiesen. Bei einer Aussprache über den von Magistrat beantragten Bauhof für die Betriebskranenkassen der Was., Kaiser und Großfürstentums bespricht Stadt. Dr. Reich den Raum zwischen Arzten und Krankenstellen im Sinne der Arzte. Genossen Zimmer, Stadtrat Preissler und Magistratsassessor Görlitz treten für die Kassen ein. Stadt. Buzalski, Pöhlisch und Genosse Landsberg für die Arzte. Die Aussprache wird vertagt.
18. Der Oberbürgermeister erklärt es als Irrtum, dass er bei Gelegenheit der Aussprache über die Jahrhundertthalle auch andere Parteien und Vereinigungen mit den Sozialdemokraten als Friedensstifter in einen Topf geworfen haben soll. Bei der Fortsetzung der Debatte über den Kranenkassenstreit wenden sich die Genossen Löbe, Scholl und Zimmer gegen alle Vorwürfe, die man den Kassenverwaltungen macht; sie werden dabei von dem Magistratsassessor Görlitz unterstützt. Die Stadt. Frankenstein, Hein und Hirschel ergründen Partei für die Arzte. Die Aussprache wird abermals vertagt. — Für eine Verhandlungsrat zur Förderung der Kranenkassen wird nach Beschlussfassung durch Genossen Zimmer und das Stadts. Konzil 30000 M. etc. willigt. Genehmigt werden ferner: 30000 M. Beihilfe für Pflege des Schauspiels im Löbe- und Thalia-Theater, 108000 M. zum Aufbau der abzubrechenden Häuser in der Böttner- und Oberstraße und in der Mäler-, Weißgerber- und Neuerweltgasse. — Kämmerer Matthies teilt mit, dass die Garantiezucker für die Jahrhundertfeier wahrscheinlich nur wenig, vielleicht garnichts zu zahlen haben werden.

* Der Bodenwucher an der Arbeit. Die Grundstückspolulation, so schreibt die Königl. Eisenbahndirektion, arbeitet dem Betrieb nach mit der frei erfundenen und durchaus unrichtigen Behauptung, die Eisenbahnverwaltung werde außer den für die Bahnhofserweiterung an der Friedrichstraße abgekauften Grundstücken noch weitere Häuser oder Gelände erwerben. Demgegenüber stellt die Königl. Eisenbahndirektion ausdrücklich fest, dass ein weiterer Grunderwerb, an oder in der Nähe der Friedrichstraße nicht in Frage kommt.

Mozart bietet neben starkem historischem Interesse wahrschön italienische Musik. Der Text ist nach dem Singspiel von Rousseau „Der Dorfbausager“ von der bekannten Madame Sabat „parodiert“, das heißt nachgedichtet worden. Fröhlich verstand man unter „Parodie“ nicht wie heute eine Verhöhnung, sondern die andersartige Bearbeitung einer schon vorhandenen Komödie. Der Inhalt dieses Einakters ist ziemlich düstsig. Bastienne, ein Bauernmädchen, ist über die vermeindliche Untreue ihres Schäfers Bastien betrübt. Tolas, ein mit allen Hunden gehetzter Bauer, der die Dummkopfheit seiner Bürgers gründlich auszubeuten versteht, löst Bastienne in sein Haus ein und „überlässt“ sie dann dem erfauerten Bastien zur Stelle. Da Bastiens Liebe zu der Schäferin nur ein wenig geschwärmt hat, so preisen die beiden glücklichen Leute die „Bauernkunst“ des alten Schäfers. Die Müllküdje an diese kleinen Dorfgeschichte sind meist lieblich gehalten, von natürlicher Art und wurden von Herrn Dr. Petrusius flüssig artig begleitet. Wenn sie so lebendig interpretiert werden, wie von dem annützigen Grünen Kettnerhardt (wie lange werden wir uns noch ihrer erfreuen dürfen?) und den Herren Baron und Copell, dann kann man sich diese alte Oper schon gefallen lassen. Es ist eben der Ton, der die Musik macht!

Das Haus war schwach besucht, aber sehr bejublungsstark.

H. M.

Löbe-Theater.

Schirin und Gertrude. Schauspiel in 4 Akten von Ernst Hardt.

Zwar hat sich der mit dem Schillerpreis gekrönte Dramatiker Ernst Hardt nicht allzuschön angestellt, als er in ganz hübsch klingenden Versen die Sage von dem Ritter mit den zwei Frauen in ein übermäßiges, harmloses, stets leicht manchmal auch harmloses Schauspiel umgedichtet. Schmidbauer hat die düstere Tragödie von Gießen daraus geschaffen. Hardt zeichnet den aus der trüfflichen Freundschaft mit einer Ehefrau, zu seiner deutlichen Gemahlin, eine sehr anmutige und musikalisch gewandte Konstanze, welche Bismarck eine prächtig rezitative Hoffnung und Herr Gooss ein verschmitzter Diener. Herrn Ferroth vor die Sprachlosigkeit des Baßos aufgesessen. Ganzlich fielen wieder die reizvollen Belebungseffekte angenommen auf.

Der „Entführung“ vorau ging das liebste Schaffende

Die Fleischpreise in Breslau.

Die Feststellung der Fleischpreise im Kleinhandel Breslaus soll besser geregelt werden. Eine ministerielle Anweisung verlangt, ein Konsortium der Fleischverkaufsstellen (Läden, Marktlände, Markthallenstände) zur Preisverteilung heranzuziehen. Um das zu erreichen, hat eine Vorstandssitzung der Fleischer- und Wurstmacher-Zwangsinnung der auch Prof. Dr. Neese vom städtischen Amt und der Leiter unseres Schlachthofes Riel bewohnten, 110 Fleischer- und Wurstmacher als Preisberichterstatter ernannt. Diese Meister werden, wie hierzu Blätter weiter melden, bereits heute Montag eine Besprechung abhalten.

* Polizeijagd nach roten Kranzschleifen. Nachdem die Breslauer Polizei die Jagd auf rote Kranzschleifen bei sozialdemokratischen Begegnissen fast ein ganzes Jahr eingestellt hatte, nahm sie am Sonnabend nachmittag bei der Beerdigung des Genossen Blasche ihre Tätigkeit in dieser Beziehung wieder auf. Von Altersheilig-Hospital aus bis zum Striegauerplatz konnte der Trauerzug mit den staatgefährlichen roten Kranzschleifen ungehindert mehrere Schuhmannsposten passieren. Um Striegauerplatz traten jedoch mehrere Polizeimänner an die Kranzträger heran und forderten sie auf, die roten Kranzschleifen, die vielleicht keine staatgefährlichen Inschriften trugen, abzunehmen. Diese Arbeit wurde natürlich den Schuhleuten überlassen. Das Vorgehen der Polizei erregte allgemeine Unwillen bei dem zahlreichen Trauergesinde. Beschlagenahmt wurden die Schleifen vom Dichter Ba und die, die die Widmung vom Personal der „Volkswacht“ enthielt. Zwei andere rote Schleifen entgingen diesem Schicksal und trotzdem ging Breslau nicht aus den Fugen.

Um übrigen scheint es die Polizei mit den „Altstätern“ sehr eilig zu haben, denn beides hatten bereits Sonntag früh mit der ersten Post die Vorladung zur polizeilichen Vernehmung für Montag vorzeitig in Händen. Wie man sieht, kann die Polizei auch schnell arbeiten. Wenn dieselbe Tüchtigkeit immer geherrscht hätte, dann wäre es sicher auch möglich gewesen, den polizeilichen Handelshäcker von Breslau zu ermitteln. So aber läuft dieser immer noch frei herum.

* Das Notashl. Holzsteinkreis 3 früher Linke-Hofmann-Fabrik ist, wie gemeldet wird, vorläufig zur Auflösung von 100 Objekten eingerichtet, soll jedoch bald erweitert werden. Die Anstalt nimmt nur Männer auf. Sie haben sich abends zu melden, erhalten dann Nachtlager und morgens zum Frühstück Kaffee und Brot. Dassie sind sie verpflichtet, einige Stunden in der Anstalt zu arbeiten; sie werden mit Holzzeileinern beschäftigt. Mit dem Notashl. soll aber so bald wie möglich ein Arbeitsraum eingerichtet werden, damit geeignete Wohlfahrtsgesellschaften sofort Gelegenheit zu lohnbringender Beschäftigung geboten werden kann. Auch ist in Aussicht genommen, für solche Asylisten, die dazu tauglich sind, Wäsche und Kleidung anzuschaffen und sie dann aufs frische Land zu senden, damit sie dort in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

* Verloren. Ein Mitgliedsbuch des Fabrikarbeiterverbandes, lautend auf Franz Lindner, wurde am Freitag verloren. Der Finder wird erucht, das Buch im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes (Gewerkschaftshaus) abzugeben.

aber seine Frauen amüsieren sich unter dessen auf eigene Faust und denen garnicht daran, hässlichkeiten mit dem Gatten auszutauschen. Da muss dem Kältegestell eine Laus über die Leber. Auf alle Fälle muss die Verträglichkeit der beiden Frauen — wobei er nur zu kurz kommt — in die Brüste gehen. Mit Hilfe einiger Diener spielt er den Toten. Bei der Frage wer nun den Tod verschuldet, geraten zwar die beiden Frauen ernstlich ineinander, als aber der vermeindliche Leichnam wieder, in der Melkung nun der Liebe der beiden Frauen sicher zu sein. Leben annimmt, sind jene wieder verschont. Und statt zwei Frauen reben sich die Sätze zu haben, nun das Mistere dickerweise verbunden werden, damit geeignete Wohlfahrtsgesellschaften sofort Gelegenheit zu lohnbringender Beschäftigung geboten werden kann. Auch ist in Aussicht genommen, für solche Asylisten, die dazu tauglich sind, Wäsche und Kleidung anzuschaffen und sie dann aufs frische Land zu senden, damit sie dort in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Die Spielleitung des Herrn Götter gab dem Stücke das Gefühl der Schauspielerin Lustspiele, und doch war gut so. Vielleicht hätte er da mit dem Notashl draußen können, denn dass man z. B. zur Zeit der ersten Kreuzzüge in der Kirche schon das Tabakrauchen oder gar die Wasserpfeife gelaufen hat, scheint mir ein großer Schnitzer zu sein, den sollte die Regie ausmerzen, zu mal diese Szene ganz gut zu entbehren ist. Doch das ist eine Lebensähnlichkeit, die eigentlich auf das Konto des Dichters kommt. Der Graf wurde von Herrn Machold in einer prächtigen Faldausmanier gespielt. Die beiden saßen einander fortwährend schräg nebeneinander und wurden von Fräulein von Hellwig (Schirin) und Fräulein Weimbold (Gertrude) in allen Regendoggenarten schillernden Verhältnissen aufgeführt. Besonders hatten sie den in allen Regendoggenarten schillernden Verhältnissen ihre Künste zugedacht und beide bewiesen, wie mesthaft sie es verstehen, schöne Verse gut zu sprechen. Die schmachtende Dame Irina des Fräulein Grengholz war einfach zum Kotzen; in ihren schmachtenden Brüstenhäuschen angenehm lässig. Von der Gesamtmauerung des Herrn Götter, der den Ton des Stückes als den einer feinsinnigen Parodie angab, war auch sein „Gosbog“ getragen. Nebenbei von ihm ganz drollig gespielt. Ein wenig zu viel sonst da hinzu, da hielten der deutsche Junge des Herrn Götter ja nicht so sehr daran, dass er glaubte, dass Herr Götter (Dramaturg) solche Dinge seiner Rechte entlocken könnte. Ein toller Nachdruck kommt von dem einen Schauspieler, der die Szenen des Stückes bei. Das leidlich beigebrachte ging doch höchstens auf den barfüßigen Schauspieler ein und amüsierte sich darüber, während es am Schluss mit starkem Beifall applaudierte.

Der Dienstbotenversicherung der Dienstboten und sonstigen Haushaltspersonen im Stadtkreise Breslau schreibt uns Herr Magistratsassessor Dr. Goerlich u. a.:

Die Versicherungspflichtigen.

Nach § 105 der Reichsversicherungsordnung sind jetzt neben den in ländlichen Arbeitern, Gehilfen, Gesellen und Lehrlingen auch die Dienstboten ohne Unterschied des Alters krankenversicherungspflichtig. Unter Dienstboten wird man mit Sicherheit die Personen, die untergeordnet häusliche oder wirtschaftliche Dienste leisten und in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, zu verstehen haben.

Es sind daher als Dienstboten die Mädchen, Stubenmädchen, Kindermädchen, Wädchen, alle diese, die wohl immer in den Privathaushalt aufgenommen sind, verpflichtet. Als Arbeitgeber sind nach § 199 der Reichsversicherungsordnung die Dienstboten, die auch in dem Betriebe oder anderen Gewerbe geschäftig sind, ferner die in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers in sich aufgenommenen Dienstfrauen und Aufzählerinnen krankenversicherungspflichtig. Dienner, Kammer- und Haushälter sind als Dienstboten oder als Arbeiter verpflichtet, je nachdem sie in die häusliche Gemeinschaft der Herrschaft aufgenommen sind oder nicht. Bei befreieratelem Personal wird dies in der Regel nicht der Fall sein. Die Frage, ob jemand als Dienstbote oder als Arbeiter verpflichtet ist, hat vor allem insofern Bedeutung, als nur Dienstboten, nicht auch Arbeiter nach den §§ 118, 125 der Reichsversicherungsordnung auf Antrag des Arbeitgebers von der Krankenversicherungspflicht bestellt werden können.

Von den Haushaltspersonen werden zu den unständig Beschäftigten fast alle Waischfrauen, Haushälterinnen und Haushaltspersonen zu rechnen sein. Um die Krankenversicherung dieser unständig Beschäftigten braucht sich der Arbeitgeber gar nicht zu kümmern. Diese Versicherungspflichtigen haben sich selbst zur Eintragung in das Verzeichnis der Kasse (in Breslau der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Lessingstraße 21/23) anzumelden. Sie haben ihren Beitragsteil selbst bei der Kasse einzuzahlen während das Arbeitgeberdrittel vom Gemeindeverbande (der Stadtgemeinde Breslau) an die Kasse zu entrichten ist.

Alle Haushaltspersonen mit Ausnahme der auch im Gewerbe geschäftigen Dienstboten sind im Stadtkreis Breslau bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau, Lessingstraße 21/23, versichert. Ihr Befreiungsschein für Errichtung einer Landkranenkasse von den Versicherungsbehörden verneint worden. In Breslau sind, wie schon hervorgehoben, lediglich die auch im Gewerbe geschäftigen Dienstboten, nicht bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert. Sie gehören wie bisher der aufständigen besonderen Orts-, Betriebs- oder Antrags-Krankenkasse an.

Anmeldung der Mitglieder.

Die Arbeitgeber haben alle in ihren Dienst tregenden Haushaltspersonen mit Ausnahme der auch im Gewerbe geschäftigen Dienstboten und der unständig Beschäftigten bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Lessingstraße 21/23, unter Verwendung des vorgeschriebenen Anmeldebildes anzumelden. Anmeldebildes für die im Haushalt beschäftigten Personen sind in der Geschäftsstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse während der Geschäftsstunden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und in den meisten Postierhandlungen erreichbar.

Die Beiträge.

Die Versicherungssätze für Haushaltspersonen werden in Breslau geringer als in den anderen größeren Städten sein. Beispieldarle betragen die Beiträge in Breslau bei Dienstmädchen mit einem monatlichen Barlohn bis zu 15 Mk. höchstens 36 Pf., oder jährlich 18,72 Mark und bei Dienstmädchen mit einem monatlichen Barlohn von 16 bis zu 25 Mk. höchstens 45 Pf. oder jährlich 23,40 Mark.

Noch § 391 Reichsversicherungsordnung haben die Versicherungspflichtigen zwei Drittel, ihre Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zu zahlen; jedoch haben die Arbeitgeber gemäß § 393 Reichsversicherungsordnung sowohl die eigenen Beiträge wie die der Versicherungspflichtigen an die Kasse zu entrichten. Die Versicherungspflichtigen müssen sich nach § 391 Reichsversicherungsordnung bei der Lohnzahlung ihre Beitragsteile vom Barlohn abziehen lassen. Die Arbeitgeber dürfen die Beitragsteile nur auf diesem Wege wieder eingehen. Sind Abzüge für eine Lohnzeit unterblieben, so dürfen sie nur bei der Lohnzahlung für die nächste Lohnzeit nachgeholt werden (§ 395 Reichsversicherungsordnung). Bei vierjährlicher Lohnzahlung dürfen daher die Beitragsteile für Januar bis März nur noch vom Lohn für April bis Juni abgezogen werden. Ist der Versicherungspflichtige arbeitsunfähig (erhält er Krankengeld oder erhält er Krankenhauspflege), so sind für die Dauer der Kassen-

leistungen keine Beiträge zu entrichten (§ 398 Reichsversicherungsordnung). Bei Dienstboten kann ferner die Dienstbotenversicherung nach § 486 Reichsversicherungsordnung den Barlohn, den sie dem Dienstboten während der Krankheit weiterzuzahlen hat, um das Krankengeld ersetzen. Ist das Krankengeld höher als der Barlohn, so fällt dieser weg. Durch diese Bestimmungen wird die Beitragssumme der Dienstbotenversicherung nicht wesentlich gemindert. Die gesunkenen Beiträge sind nach § 46 der Gesetzesfassung vom Arbeitgeber monatlich nachzu entrichten, und zwar sind sofort Wochenbeiträge zu zahlen, als Monate in den abgelaufenen Monat gefallen sind. Häufig sind die Beiträge am ersten Montag des folgenden Monats. Die Bahnsäulen fallen bei der Geschäftsstelle in die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Um den Arbeitgebern die Zahlungen zu erleichtern, beschäftigt die Kasse die Beiträge bei ihnen durch Kassenboten, die Rechnungen überbringen werden, abholen zu lassen. Nach dem Gesagten sind diese Kassenboten vor Februar nicht zu erwarten.

Die Krankenkontrolle.

Zwei Unfälle haben in der Vergangenheit ohne Grund Bewirbung hervorgerufen: Die in Aussicht stehende Krankenkontrolle und das ungünstige Verhalten der Kasse in Krankenstellen, insbesondere ihre Steuerung zur Kur und Verpflegung im Krankenhaus.

Die drei Krankenkontrollurteile der Allgemeinen Ortskrankenkasse haben in Breslau einen solchen Sturm des Unwils erregt, daß man unwillkürlich an das freilich nicht auf sie geprägte Wort denken muß:

Das waren drei Herren,
die konnten die Welt verleben.

Die Arbeitgeber von weiblichen Haushaltspersonen werden seinen dieser drei Kassenangestellten, von denen nichts als ordnungsgemäßige Pflichterfüllung der Kassenbehörde bekannt geworden ist, zu Geicht bekommen. Für die weiblichen Kassenmitglieder ist nämlich eine Kontrollurteile vorgesehen. Eine jeder Partizipatistin sensiblement gebildete Dame ist für diese Stelle in Aussicht genommen. Die Arbeitgeber von weiblichen Haushaltspersonen werden selten mit ihr in Berührung kommen. Die Kontrollurteile, ohne die eine Krankenkasse der Simulation nicht wirklich genug begegnen kann, findet nämlich nur dann statt, wenn der Versicherte nicht bloß krank, sondern auch arbeitsunfähig ist. Die Kontrolle soll verhindern, daß Versicherte, um in den Genuss des Krankengeldes zu kommen, dem letzte Arbeitsfähigkeit vorspielen und dann arbeiten, daß arbeitsunfähige Personen durch Arbeit ihre Wiederherstellung aufhalten oder verhindern. Da nun krank und arbeitsunfähige Dienstboten fast immer im Krankenhaus untergebracht sein werden, so wird die Krankenkontrolle bei ihnen nur vereinzelt begegnen.

Die Kassenärzte.

Erkrankt eine Haushaltsperson, so kann sie sich aus dem Arztdienstbericht, das die Geschäftsstelle der Kasse unentgeltlich abgibt, einen der Kassenärzte als behandelnden Arzt wählen. In dringenden Fällen kann sie diesen Arzt unmittelbar in Anspruch nehmen, und zwar muß sie sich durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers, daß sie bei ihm als Dienstmädchen usw. beschäftigt und Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse sei, oder das Mitgliedsbuch, das jeder Versicherte von der Kasse erhält, ausweisen. In nicht dringenden Fällen hat sich die Haushalteperson von einem Praxisnachrichten des Kassenärztes in der Geschäftsstelle der Kasse zur Erteilung eines Ausweises für den Arzt freie zu melden. Auch hier sind Entlastungen für die Zukunft in Aussicht genommen. Schon jetzt werden Versicherte auch in nicht dringenden Fällen in der Beratungsstelle des ersten die Allgemeine Ortskrankenkasse mit umfassenden Krankenversicherungsverbandes, Lessingstraße 21, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 10 Uhr vormittags (Samstag von 9 bis 10 Uhr vormittags) erzielt untersucht. Die Versicherten haben nur eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder das Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Das Versicherungsamt hat der Allgemeine Ortskrankenkasse empfohlen, nach dem Vorbilde der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin-Schöneberg an die Arbeitgeber Arztscheinheftchen abzugeben. Diese Heftchen würden eine Anzahl Vorbrüche für Arbeitgeberbescheinigungen mit Abrissen für die Kasse enthalten. Der Arbeitgeber braucht alsdann bei Erkrankung der Haushaltsperson nur einen der einfachen Vorbrüche auszufüllen und die Haushaltsperson mit dem Vorbrücke zum Kassenärzte zu senden. Die Krankmeldung bei der Kasse würde wegfallen. Vorausichtlich wird die Allgemeine Ortskrankenkasse diese zweckmäßige Einrichtung binnen kurzem einführen.

Kur und Verpflegung im Krankenhaus.

Nach § 497 R.V.-L. hat die Allgemeine Ortskrankenkasse Dienstboten, Kur und Verpflegung im Krankenhaus zu gewähren, wenn die Krankheit angedeutet ist oder wenn der Dienstbote in der häuslichen Gemeinschaft nicht oder nur unter erheblicher Belästigung der Dienstbotenversicherung behaftet oder verpflegt werden kann. Diese Voraussetzung wird bei den Dienstboten meistens vorliegen. Die Kasse will von der Unterbringung der kranken und arbeitsunfähigen Dienstboten und

sonstigen Haushaltspersonen im Krankenhaus weitgehenden Gebrauch machen.

Das Krankengeld.

Die Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind aus ihrer Sicht erschöpft. Das Krankengeld der Dienstmädchen mit einem Monatslohn bis zu 15 Mark wird 0,78 Mark, das der Dienstmädchen mit einem Monatslohn von 16 Mark an 1,02 Mark für den Tag betragen. Diese Leistungen enden spätestens mit Ablauf der sechswochigen Woche nach Beginn der Krankheit, wird jedoch Krankengeld erst von einem späteren Tage an bezogen, nach diesem. Bei Krankheit und Arbeitsunfähigkeit der Haushaltspersonen wird, wie schon erwähnt, regelmäßig Kur und Verpflegung im Krankenhaus durch die Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes treten. Wochnerinnen erhalten unter der Voraussetzung des § 27 ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Mit Zustimmung der Wochnerin kann an Stelle des Wochengeldes Kur und Verpflegung in einem Wochnerinnenheim gewährt werden. Das Sterbegeld wird bei Dienstmädchen 15,50 Mark und 59,50 Mark betragen.

Die Abmeldung der Mitglieder.

Der Abmeldung des Versicherungspflichtigen durch den Arbeitgeber entspricht die Abmeldung bei Beendigung der Beschäftigung. Abmeldungsformular sind an den gleichen Stellen wie die Anmeldebildung erlaubt. Auch die Meldepflicht ist gleich. Natürlich beginnt sie hier mit dem Ende der Beschäftigung.

Die Invaliden-Beiträge.

Die römischen Rittern, die in § 19 der Satzung die Mitgliedersassen kennzeichnen, geben auch die Klassensassen der Invaliden und der Dienstmädchen mit einem Monatslohn bis zu 25 Mark werden auch in Zukunft der Klasse II (Wochenbeitrag 24 Pfennig, Klasse III (Wochenbeitrag 32 Pfennig, Klasse IV (Wochenbeitrag 48 Pfennig, Klasse V (Wochenbeitrag 56 Pfennig) angehören. Wichtig ist folgende Änderung: Haushälter und Haushälterfrauen gehören nun mehr, wenn der Wert der freien Wohnung und der etwaigen Verpflegung 1,16 Mark für den Tag nicht übersteigt — ein höherer Entgelts wird daher selten sein — der Klasse I an. Für sie brauchen daher in Zukunft nur rote Marken zu zahlen, die für die Woche gelobt zu werden. Das Haushälterfräulein Franken- und invalidenversicherungspflichtig sind, wenn sie die Hausbereitung in der Hauptsoße oder in erheblichem Maße ausführen, mag auch der Wirt den Vertrag mit dem Ehemann geschlossen haben, sei bei dieser Gelegenheit noch besonders betont.

Was die Volksfürsorge leistet.

Der Straßenbahnschaffner W. in Köln a. Rh. versicherte sich bei der Volksfürsorge nach Tarif I (mit 15jähriger Brämienzahlung) und nach Tarif II (mit 20jähriger Brämienzahlung) mit je 1 Mark Halbmonatsprämie ab 5. November 1913. Die Versicherung begann am 1. Dezember 1913. Die Versicherungsscheine wurden am 7. Dezember 1913 präsentiert und durch Zahlung von je zwei Halbmonatsprämien mit zusammen 4 Mark eingelöst.

Bereits am 14. Dezember 1913 erlitt der Versicherter einen Betriebsunfall, an dessen Folgen er am 17. Dezember 1913 starb. Gemäß § 12 der Versicherungsbedingungen zahlte die Volksfürsorge an die Witwe des Verstorbenen die volle Versicherungssumme (abzüglich der restlichen Jahresprämie) mit insgesamt 626 Mark.

* Eigt kein rohes Hirschfleisch. Vor dem Genusse rohes Hirschfleisch warnt wiederholt und eindringlich der Polizeipräsidient, weil es selbst bei bester Fleischbeschau nicht zu verhindern sei, daß gelegentlich Trichinen oder Fäden vereinzelt im Fleisch vorhanden, die sich im Menschen ansiedeln können. Auch im Fleisch von gesunden Schlachttieren können sich nicht nur schädliche Fäulnisfälle, sondern auch Krankheitserreger einmiseln, die sich im rohen Fleisch, besonders im Hirschfleisch vermehren und nach dem Genusse schwere Krankheiten hervorrufen. Die frische rohe Karde des Hirschfleisches ist kein Beweis für seine Güte und Unschädlichkeit, da auch älterem und umso gefährlicherem Hirschfleisch durch Zulatz sogenannter Konservierungsmittel die frische Farbe erhalten bleibt.

* Aufgefundene Kindesleiche. Am Sonnabend ist auf dem Salvatorfriedhof Lohestraße die Leiche eines Kindes, die in grauem Packpapier eingehüllt war, aufgefunden worden. Die kleine Leiche ist anscheinend über den Baum geworfen worden.

Die Mutter des Kindes muß, bevor sie die Leiche fortgeschafft, verucht haben, es zu verbrennen, denn Rücken, Arme und Beine des Kindes sind angeföhlt. Angaben zur Ermittlung der Mutter, oder der Person, welche die Leiche fortgeschafft hat, werden nach Zimmer 47 des Polizeipräsidiums erbeten.

anderes übrig, als der großen Übermacht das Feld zu räumen. Auch einem verstärkten Aufgebot gelang es nicht, die Tiere zu verjagen und erst die herbeigerufenen Feuerwehr war in der Lage, den Platz zu säubern. Immerhin wird man in Flushing noch lange gegen den kleinen Feind zu kämpfen haben.

Chredstatat einer Wahrsinnigen. In der Kolonie der Geisteskranken „Friedrich der Große“ in Hennig wurde die Frau des Bergmanns Schillerski plötzlich vom Wahnsinn befallen. Sie sprang auf, ergriff ihr sieben Wochen altes Kind und schleuderte es solange an die Wand, bis es tot war. Dem dreijährigen Sohn hätte dasselbe Schicksal ereilt, wenn nicht im letzten Augenblick der Vater hinzugekommen wäre.

Wenn man gegen den Militarismus zeugt. Der Beleidigungsprozeß des Obersten Hoch, des Kommandeurs des 4. Infanterieregiments 103 in Bautzen, gegen den Eisenbeamten August Lange, der zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat jetzt zu zwei Verhaftungen geführt. Auf Veranlassung der Bautzener Staatsanwaltschaft wurden die Zeugen Schneider und Wär verhaftet. Sie hatten beschworen, daß Oberst Hoch im Befestigungsmauerloch zu dem Angeklagten Lange, als ihn dieser mit Ohrenfeuer bedrohte, gesetzt habe: „Sie sind verrückt, wenn Sie Soldat wären, würde ich Sie arretieren lassen, Sie Krimmel!“ Der Oberst hatte unter Eid die Zeugung in Abrede gestellt. Der Staatsanwalt ist der Meinung, daß die beiden Zeugen, die ins Gefängnis abgeführt wurden, nach vorheriger Verabredung falsch ausgesagt haben.

Ob der Staatsanwalt im umgekehrten Falle auch der Meinung gewesen wäre, daß ein Meineid vorliegt?

Keine Rotzige.

Ein verdienstvoller Afrikaforscher gestorben. Der bekannte Afrikaforscher Fernand Fourcaut ist am Sonnabend in seiner Wohnung in Paris im Alter von 64 Jahren gestorben. Fourcaut hat sich besonders durch seine Forschungen im Kongos- und Schariagebiet in den Jahren 1880 bis 1890 einen Namen gemacht. Die französische Regierung setzte ihm in Anerkennung seiner Verdienste eine Jahresrente von 12 000 Fr. aus.

— Entdeckung einer prähistorischen Höhle. Eine Erdhöhle von riesiger Dimensionen, die mit menschlichen Skeletten angefüllt ist, wurde von Professor Lebedew entdeckt, der gegenwärtig Forschungen in der Kreisstadt Slobodskoje unterhält. Man vermutet, daß die Höhle aus dem 6. Jahrhundert vor Christi Geburt stammt, und daß die Skelette die Reste von Flüchtlingen sind, die bei einem Überschwund von Asien bei eindringender fremder Stämme ums Leben kamen. Eine Sammlung von Skeletten wurde dem Museum in Odessa überreicht.

Aus aller Welt.

Im Schneesturm gescheitert.

Wie aus Cetke (Frankreich) gemeldet wird, hat sich dort am Sonnabend abend ein schweres Schiffsunglück ereignet. Die kleine dampferschiff „Marguerite-Marie“, auf der sich 15 Mann Besatzung befanden, scheiterte in einem furchtbaren Schneesturm. Die Rettungsboote wurden über Bord gespült. Die drakoslosen Passagiere des Dampfers wurden von keinem Schiffe ausgenommen. Der Kapitän beschloß im Augenblick der höchsten Not, die ganze Besatzung in das noch übriggebliebene Rettungsboot steigen zu lassen und auf diese Weise zu versuchen, die Küste zu erreichen. Infolge des hohen Wellenganges schwang das Boot um. Viele Personen ertranken; die übrigen schwammen sich mehrere Stunden lang in dem eisigen Wasser an dem Rettungsboot festlammern, bis schließlich ein schwedischer Tampfer vorüberkam, der die Schiffsbrüder ausnahm.

Schweres Automobilunglück.

Ein Automobilunglück ereignete sich am Sonnabend abend auf der Landstraße zwischen Wallersfelden und Gernsbach. Das von einem Chauffeur geführte Automobil des Besitzerfelders Schloss von den Schaderweilen fuhr mit einem Fahrer aus Gernsbach zusammen. Schloss wurde sofort gestoppt, der Chauffeur erhielt schwere Verletzungen.

Das Auto fuhr nach einer kurzen Strecke, das von der eigenen Führerin in der roten Rolle aufgehalten und gepeinigt worden war, wieder den Gegenstand einer Verhandlung vor einem Berliner Gericht. Wegen Rücksichtverlegung mittels gefährlicher Werkzeug und einer das Leben gefährdeten Behandlung war die Führerin in Soldin verurteilt worden. Die Richterin in Wallersfelden erklärte, die Führerin habe sich nicht an die Strafe halten wollen. Nach schlimmer erging es ihm aber, als die Richterin bestrafte. Jetzt bilanzierte der Richter bei einer Sitzung den Zustand des Automobils. Die Richterin warf dem Fahrer vor, daß er den Wagen aus, der vor ihr mit allen möglichen Gegenständen, die ihr gerade zur Hand waren,

Die Kirchenaustrittsbewegung in Breslau.

Der Bund der Konfessionlosen verief am Sonntag in den Börsesaal eine öffentliche Versammlung ein, die den Zweck hatte, die Konfessionlosen zu einem Zusammensehen zu vereinigen, um ihre staatskirchliche Gleichberechtigung zu verwirken. Der Vorstand führte Justizrat Sennert an, der an die Versammelten eine Ansprache hielt. So lange die Dissidentenlinde gezwungen sind, an dem konfessionellen Religionsunterricht teilzunehmen, so lange die Zeugen genötigt werden, beim Ende Gott zum Zeugen anzuzeigen, an dessen Dasein sie nicht glauben, und so lange das Gesetz jeden bestraft, der gegen den § 166 verstößt, so lange könnte von einer Gewissensfreiheit nicht die Rede sein. Der Bund freue sich nach, die Menschheit von diesem Gewissenszwange zu befreien.

Alsdann hielt Prediger Tschirn einen Vortrag. Er wies darauf hin, daß die Kirche in Berlin einen Kirchensonntag veranstaltet, um den Gläubigen zum Bewußtsein zu bringen, was alles die Kirche für sie getan hat. Diese Kirchenbewegung sei schon als einen Erfolg der Austrittsbewegung anzusehen. Die Kirche sei intendlich leer, sie bietet nichts für das Lebens Ziel, die Kirche lehne ab, daß der Mensch sein Ziel sich selbst erringen könnte. Neue Gedanken steigen auf Gedanken aus der geistigen Freiheit zu befreien; die Menschheit sieht sich aus alle kirchlichen Dogmen, aus allem Zwange her auskommen und eine Organisation zu schaffen, die der Freiheit zuströmt. Rechtsrat Puschl verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Frage der Trennung von Staat und Kirche. Nur durch Lösung dieser Frage könne die Menschheit zur Freiheit und Wahrheit gelangen. Die Verbindung von Staat und Kirche stelle ein unklares Bild dar.

Dass der Staat der Kirche unterdrückig ist, könne mit Hunderten von Beispielen aus der Vergangenheit und Gegenwart belegt werden. — Theoretisch hätte es in Preußen-Deutschland alles recht schön aus, alles ohne Freiheit, in Wirklichkeit aber sehen wir Kluftigkeit und Verworenheit. — Wehe den Staatsbeamten, wenn sie sich bei Geburten, Heiraten und Todesfällen nicht der Kirche bedienen. Der Bund der Konfessionlosen hat sich zur Hauptauskunft gemacht, die Trennung von Staat und Kirche zu erreichen. Nahtlich kann und wird diese Zeit nur erreichen werden, wenn das Volk den Organisationen der Konfessionlosen in Massen zusätzt. Schon beträgt ihre Zahl eine halbe Million, sie reicht über noch nicht aus, sie muss größer und mächtiger werden.

Medaille Datt wunderte sich dem Kapitel „Arbeiter und Arbeiter“ an. Für die Arbeiter sei der Austritt aus der Kirche eine reale Scheidung zwischen sich und den Freunden ihres Wohlgeheims. Die Kirche habe die Lehren und Grundsätze des Christentums verloren. Die Arbeiter seien in ihr rechtslos und dazu sei die Kirche jederzeit den Reaktionären in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter zu Diensten. Die Ausführungen der drei Medaillen erzielten lebhaften Beifall.

In der Aussprache wandte sich der Prediger Wiese vom blauen Kreuz gegen Datt, und über in der Beantwortung keinen Ausgang und seine Ausführungen wurden alsbald vom Vorsitzenden überlegt.

Winterfreuden.

Das war ein echter Winterfreudentag, der gestrige Sonntag. Im Innern der Stadt nichts als schmutzige Straßen und Blöcke, selbst in den Vorstädten stand Schnee nur schwarze Haujen an den Steinenständen. Aber draußen rings um die Stadt, da leuchtete es schön weiß in den milden Wintertag hinein. So weit das Auge reichte, Schnee, nichts als Schnee. Von dem herrlichen Aufenthalt war allerdings nicht viel mehr zu sehen; die Städte und der Nebel hatten nachgelassen, und so schmieden auch die Eisgebilde dahin, die noch am Sonnabend alte Bäume und Sträucher so märchenhaft schmückten.

Wer am Sonntag nach Kleinburg ging, nach Scheitnitz und so weiter, der konnte glauben, wie leben im frühen Frühjahr. In hellen Schalen strudelte alles hinaus ins Freie; jung und alt eilte auf die Tische und Modelbahnen, um ein paar Stunden echten Vergnügens durchzuhören. Vor wenigen Jahren noch konnte man zur harten Winterszeit nur bereitete „übermüdige“ Leute im Schnee herumwandeln sehen; heut wimmelt es draußen, wie an schönen Sonnertagen, wenn uns die Schwüle aus der Großstadt treibt. Um Kinderzisten standen wohl 500 Menschen an der langen Modelbahn. Das war ein Rennen und Lügen. Jeden und mehr Schlitten rückten stets auf einmal an und wollten hinaufsaufen. Kein Wunder, daß es oft Zusammenstoße gab und wahre Menschenkampf am Hohen Lager. Es war schon dunkel geworden; doch immer wieder eilten sie auf den Schlitten und pfeilgeschwind waren sie auch schon mit dem leichten Schlitten am Ziel.

Nicht weit vom Kinderzisten boten die Freuden des Eislaufes; dasselbe gilt vom Südpark und den Gassen des Scheiniger Parkes. Dass der Stadtgraben auf seine Rechnung kam, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Vom Vormittag bis in den späten Abend hinein wurden die Eisbahnen rings um die innere Stadt nicht leer; stundenlang wimmelt es schwarz und dicht auf den Eisbahnen vor der Südparkhalle bis zum Königsplatz. So ein Zummeln in reiner Winterlust, das stärkt Herz und Gemüt, es erfrischt Körper und Geist, das lädt uns neue Kräfte finden für den harten Daseinstkampf. Wohl dem, der auch im Winter seine Freuden findet; gönnen wir sie besonders den Kindern, denen sie dringend nötigt.

* **Der verschwundene Geldbrief.** Am 2. Oktober gab ein auf Posten ziehender Einjähriger im 11. Infanterie-Regiment demstellvertretenden Wachhabenden Grenadier einen Brief mit 200 Mark Papiergeld zur Abgabe an einen Einjährigen. Dieser hat den Geldbrief nicht erhalten. Der Grenadier will ihn auf der Kaisertreppe einem sich als empfangsberechtigte bei ihm Melbenden abgegeben haben, den er aber nicht wiedererkenne. Der Wachhabende hat dem Einjährigen den Erfah der 200 Mark angeboten, sich durch Anschaffung von Extrasachen verdächtig gemacht, ferner durch Freigebigkeit gegen Kameraden. Auch versuchte er Zeugen zu beeinflussen und günstig für ihn auszulegen. Vor dem 1. Oktober hatte er an seine Eltern um Geld geschrieben, nach dem 2. Oktober benachrichtigte man sie, daß er kein Geld brauche. Das Amtsgericht verurteilte den Grenadier wegen Unterstellung zur Verhetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und drei Monate in Gefängnis. Hiergegen legten Berufung ein der Gerichtsherr wegen zu niedriger Strafe, und der Angeklagte, der vor dem Amtsgericht seine Unschuld beteuerte. Am Schlus der Verhandlung aber gestand er auf Ermahnen seines Verteidigers, Rechtsanwalt Böck, den Brief behalten zu haben. Er will ihn aus Angst bei Beginn der Untersuchung im Osten verbrennen. Das Oberkriegsgericht verwarf beide Berufungen, rechnete aber 42 Tage Untersuchungshaft an.

* **Blutiger Bruderstreit.** Auf der Wallstraße waren am Sonnabend abends gegen 11 Uhr drei Brüder, so in Streit geraten, daß eine heftige Prügelei entstand. Zwei wurden so schwer verletzt, daß man sie in die Unfallstation der Feuerwehr auf der Elbingstraße schaffen musste. Von hier aus mußten sie nachdem ihren Notverband angelegt waren, mit dem Krankenwagen der Hauptwache ins Allerheiligene-Hospital gefahren werden.

* **Unfälle auf der Straße.** Auf der Niederschloßstraße kam ein Fuhrmeister durch Missglücke so unglücklich zu Fall, daß er nicht mehr aufstehen konnte. Er mußte mit einer Drosche in seine Wohnung gebracht werden. Am Freitag abend kam am Wölfchen ein Arbeitsbursche durch Missglücke zu Fall und erlitt einen Unterhalsbruch. Der herbeigerufenen Sanitätsseute der Feuerwehr legten dem Verunglückten einen Notverband an und schafften ihn ins Allerheiligene-Hospital.

* **Blutiger Tod.** In einer Fabrikalität auf der Elbingstraße ist Freitag ein als Gast weisender Handelsmann plötzlich umgekippt und gestorben.

* **Der Breslauer Stadthausbauplan für 1914** wird an den Verlagen von Donnerstag, den 22. Januar, bis Sonnabend, den 31. Januar, während der Dienststunden von 8 bis 8 Uhr im Rechnungsamt, Elsachstraße 8, 2. Et., Zimmer 74, zur öffentlichen Kenntnis ausgestellt. Anhänger des bisher mitgeteilten Steuerabschlags schlägt der Stadtrat als Kanal gebührt einen Einheitsabschlag von 0,824 Pf. für 1 Mr. des Nutzungsvertrages der Grundstücke vor, gegen das Vorjahr also 0,018 Pf. weniger.

* **Selbstmord oder Unglücksfall?** Der Hohenzollernstraße Nr. 117/119 wohnende Inhaber der Stumpffabrik im Neopoldshof, Neuschöneweide 51, Wenno Freynd, ist dort am Sonntag mittag kurz nach 12 Uhr aus dem Fenster seines Lagerraums im 4. Stock in den Hof gestürzt oder hinabgesprungen und hat so schwere Verlebungen erlitten, daß er im israelitischen Krankenhaus am Sonntag abend gestorben ist. Er konnte den Samaritern noch seinen Namen angeben, hat dann aber das Bewußtsein verloren. Freynd war in den Lagerraum, der seiner Fabrik gegenüberliegt, allein hinaufgestiegen und hat die Eingangstür hinter sich verschlossen, sodass Leute, die nach seinem Absturz in den Lagerraum gelangen wollten, nicht hineinkommen. Hierauf scheint es, daß er absichtlich seinem Leben ein Ende gemacht hat. Was ihn dazu getrieben ist, bisher nicht festgestellt. Seine geschäftliche Lage wird als günstig bezeichnet, nicht aber sein Gesundheitszustand; er war, wie es heißt, hochgradig nervös.

* **Zölllicher Etappenunfall.** Sonntag vormittag 10 Uhr ist auf der Bohrauerstraße, Ecke Gustav-Freytagstraße, der 71 Jahre alte Rechnungsrat Otto Kloppenheimer, Kanalstraße 27, von einem Postauto überschritten worden und blieb bestimmt liegen. Im Krankenhaus „Bethesda“ ist der Verletzte mittags 1 Uhr gestorben.

* **Ablösung von der Treppe.** Am Sonnabend ist ein Rentenempfänger auf der Vorwerksstraße beim Ablösen von der Treppe gefallen und hat einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitten. Der Verunglückte wurde ins Kloster der Barmherzigen Brüder geschafft.

* **Ein Kind tödlich verbrüht.** Das 3½ Jahre alte Kind des Schneidermeisters Domberg, Altenstraße, ist am Freitag in ein Schiff mit lodernder Stärke gefallen und so stark verbrüht, daß es Sonntag im Allerheiligene-Hospital gestorben ist.

* **Gabrielbrand.** Am Sonnabend abend kurz vor 10 Uhr

wurde die Feuerwehr von drei Seiten aus nach Schrotgasse 2/4 gerufen. Daraufhin eilte die Wehr in voller Stärke mit mehreren Löschjägern zur Brandstelle. Ein großer Teil der Wagen konnte aber bald wieder abrücken, da das Feuer nur einen geringen Umfang angenommen hatte. Im Fahrerraum der Schlesischen Marktstochersfabrik im ersten Stock waren Regale, Kisten, Pappe und Papier in Brand geraten. Das Feuer hatte eine starke Rauchentwicklung zur Folge, so daß erst von der Straße aus die Fensterscheiben zertrümmert werden mußten, um dem Raum den nötigen Abzug zu verschaffen. Mit einem Schlauchgange, der über eine Anstellleiter zum Fenster hineingelegt wurde, konnte das Feuer in einer Viertelstunde gelöscht werden. Die Aufräumarbeiten dauerten längere Zeit. Die Entstehungsursache ist anscheinend darin zu suchen, daß leicht brennbare Gegenstände zu nahe an den stark gehetzten Ofen gelegt waren. Der entstandene Schaden ist unbedeutend.

* **Geflügelcholera.** Unter dem Gespül des Rangiermeisters Gustav Thomas (Schrebergarten am Posener Eisenbahndamm), ist die Geflügelcholera amtssätzlich festgestellt worden, ebenso unter dem Gespül des Stückateurs Karl Koschmieder, Konigsstraße 22. Beide Gebäude sind gesperrt.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei gekräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweinefleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Gestohlen wurden einem älteren Mädel.** Am Freitag mittag wurde auf der Voßstraße ein 7jähriger Knabe, der Einsätze gemacht hatte und eine Tasche mit Waren trug, von einem unbekannten Mädchen mit vielen roten Bändern angehalten; das Mädchen hat dem Jungen die Tasche mit Waren im Werte von 1,80 Mk. abgeschwindet.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Gestohlen wurden einem Mädel.** Am Freitag mittag wurde

auf der Voßstraße ein 7jähriger Knabe, der Einsätze ge-

macht hatte und eine Tasche mit Waren trug, von einem unbekan-

nen Mädchen mit vielen roten Bändern angehalten; das Mäd-

chen hat dem Jungen die Tasche mit Waren im Werte von 1,80 Mk. abgeschwindet.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Gestohlen wurden einem älteren Mädel.** Am Freitag mittag wurde

auf der Voßstraße ein 7jähriger Knabe, der Einsätze ge-

macht hatte und eine Tasche mit Waren trug, von einem unbekan-

nen Mädchen mit vielen roten Bändern angehalten; das Mäd-

chen hat dem Jungen die Tasche mit Waren im Werte von 1,80 Mk. abgeschwindet.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

kräuterte Spezialitäten, sieben große Preßwürste, ein Stück Schweine-

fleisch und 15 Mettwürste gestohlen.

* **Einbruch in einen Restaurationskeller.** In den Keller

einer Restauration auf der Voßstraße ist am Freitag ein Dieb

in den Morgenstunden eingebrochen und hat daraus zwei ge-

2. Beilage.

Deutscher Reichstag.

198. Sitzung. Sonnabend, den 17. Januar, vormittags 11 Uhr.

Zunächst steht auf Antrag der Geschäftsaufnahmekommission die Genehmigung zur Durchführung von Klagen gegen die Abge. Schäfer (Benz.), Davidsohn (Soz.) und Behrens (Wirtschaftl. Bdg.) vertragt.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes für das Reichsamt des Innern.

Abg. Goethen (Bpt.) beantragt, die Fragen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik getrennt zu verhandeln, und zwar zuerst die Sozialpolitik.

Abg. Scheidemann (Soz.) schließt sich dem an.

Abg. Gröber (Benz.) hält es für richtiger, zuerst die Wirtschaftspolitik zu verhandeln.

In der Abstimmung wird der Antrag Goethens angenommen, für die Vorausbeurteilung der Wirtschaftspolitik stimmen unter großer Heiterkeit der Linken nur die Konservativen, da das Zentrum einschließlich des Abg. Gröber stehen bleibt.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Einige allgemeine Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik, die in enger Verbindung mit der Sozialpolitik stehen, möchte ich doch vorausschicken. Der gegenwärtigen Zeit der außerordentlich starken Depression des gewerblichen Überlebens ist eine Zeit glänzenden wirtschaftlichen Aufschwungs vorgegangen. Aber dank unserer nationalen Wirtschaftspolitik haben die Arbeiter und die kleinen Gewerbetreibenden keinen Vorteil von dem wirtschaftlichen Aufschwung gehabt. Interessant für den Einfluß, den unsere Hochschulzölzer ausüben, ist die Geschichte des Aufstandes des "Volksschreiers". (Präsident Kämpf: Ich möchte Sie doch erinnern, daß an den Beschluss des Hauses zu halten.) Ich meine doch, daß der große Einfluß, den die wirtschaftlichen Interessengruppen, wie der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte, auf unsere Sozialpolitik haben, hier nicht außer acht gelassen werden darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Zentralverband Deutscher Industrieller verucht systematisch eine große Anzahl von Presseorganen in seine Dienste zu ziehen, und Einfluß auf die Presse dadurch zu gewinnen, daß er literarische Büros einrichtet, und die gesamte Presse mit seinen literarischen Ergebnissen befruchtet. Zu dieser Beeinflussung der Regierung und der öffentlichen Meinung gehört auch der Versuch des Zentralverbandes Deutscher Industriellen, den Lokal-Anzeiger in seinen Besitz zu bekommen. Es wird berichtet, daß der Reichskanzler persönlich an die großindustriellen Kreise herangetreten sei mit dem Bunde, man möge dem Verlag Scherl die nötigen 10 Millionen zuführen, damit er nicht etwa in die Hände von Ulstein oder Rothe falle. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Umwege wählt die Regierung, um ihre Interessen durch Vermittlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zu vertreten. Aus diesem Vorgang erkennt sich auch die Stellung des Lokal-Anzeiger während des Krupp-Prozesses und während der Fabriker Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was ist nun während der Periode des glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges der Arbeiterschaft für Nutzen zugekommen?

Das Arbeitsverhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiter ist genau so betrübend wie vorher, ihre rechtliche Lage ist ebenso unträglich, und die Art der Behandlung, die unsere deutschen Landarbeiter zu ertragen haben, führt zu fortgesetzten Beschwerden und zur Flucht der Arbeiter aus ihrer Heimat. Die Großgrundbesitzer mögen sich nicht darüber täuschen, daß sie auf die Dauer die deutsche Landarbeiterchaft nicht entbehren können. Sie werden auch aus Russland nicht mehr den Zugang bekommen in dem Maße, wie die russische Landwirtschaft sich entwickelt und die Arbeiter selbst braucht. Und wie steht es mit den Industriearbeitern? Nur in schweren Kämpfen haben die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften und die Vorstände erreicht. Ich verweise auf die Lage der Bergarbeiter. Ein unerhörter Druck lastete auch während des wirtschaftlichen Aufschwungs auf den Bergarbeitern.

des niedersächsischen Bezirks.

Im Laufe von drei Monaten des Jahres 1912 sind 2000 Bergarbeiter aus diesem Bezirk ausgewandert, vor allem, weil die Maßregelungen, die Verbesserung der Arbeiter unerträglich wurde. Nur dem energischen Vorgehen des Bergarbeiterverbandes war es zu verdanken, daß schließlich die Bergbehörde genötigt war, ihre strengen Maßnahmen einzustellen. Dazu kommt, daß der Lohn dieser Arbeiter weit geringer ist als z. B. der der Arbeiter im Dortmunder Bezirk. Wie traurig die Verhältnisse liegen, beweist die Tatsache, daß 142 Kinder in diesen Familien ohne Betteln, auf Lümpe oder Streuschäfer müssen, die Säuglingssterblichkeit ist dort geradeaus erschreckend; sie beträgt im Kreise Waldeburg 33,9 Prozent. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und da hat man es als unberechtigt bezeichnet, daß die Bergarbeiter in den Streik treten, um diese elenden Verhältnisse zu beseitigen. Der beste Lohn, den im deutschen Bergbau überhaupt gezahlt wird, ist 5,48 M. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mirgegen ist der Lohn jedoch erhöht worden, daß die Erhöhung einen Ausgleich bietet für die Preisseigerung sämtlicher Bedarfsgüter, die überall 10 Prozent beträgt. Das beweist, daß dieser wirtschaftliche Aufschwung nur den Kapitalisten zugute gekommen ist, und daß eine Verunsicherung, wie die der Bergarbeiter, die mit andauernd schwerer Arbeit belastet ist, keinen Vorteil davon gehabt hat. Was aber ist sozialpolitisch in dieser Periode des außen Geschäftsaufgangs geboten? Da sehen wir nur ein außerordentlich bögerndes Vorgehen, ja einen Stillstand, und hier und da sogar einen Rückgang. Der Zentralverband Deutscher Industrieller und anderer Unternehmensorganisationen haben ihren Einfluß in der Presse benutzt, um ständig für den

Stillstand in der Sozialpolitik.

Stimmung zu machen. Ein charakteristisches Zeichen für diesen Stillstand ist das vollständige Versiecken des Beitrags für Arbeiterschaft, der seit Jahr und Tag nicht mehr zusammenzufließen scheint, der seit Jahr und Tag nicht mehr zusammenzufließen scheint.

Am 1. Februar 1912 hat der Beirat für Arbeiterschaft eine überaus lange Arbeitszeit und das Fehlen jeder Nachtruhe festgestellt.

Nur auf dem Rhein ist durch die gewerkschaftliche Tätigkeit eine Regelung der Nachtruhe eingetreten. Ihre Einführung ist also möglich. Nicht nur die Angestellten, sondern auch der Bund der Schifferinnungen, also Unternehmer, fordern eine mindestens fünfstündige Nachtruhe, das Reichsgesundheitsamt eine solche von sechs Stunden. Wenn gerade die kleinen Betriebe die Nachtruhe für durchführbar halten und sie fordern, so braucht man doch auf die Großbetriebe sicherlich nicht Ansicht zu nehmen. Es ist doch unglaublich, daß eine Arbeiterschaft sich gegen Zustände wenden muß, bei denen eine 84- und 88-stündige Arbeitszeit die Regel ist, ja wo in einem Fall sogar eine 70-stündige Arbeitszeit festgestellt wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Erhebungen über die Zustände in der Groß-Gesellschaft sind vom Beirat nicht in die Hand gegeben worden, diese standen dem Reichsminister selbst veranlaßt worden. Man legt ihnen die Abrechnung des Beirats als ungemein zu empfinden. Man müßte den Beirat so ausgestalten, daß er über alle sozialpolitischen

Fragen Erhebungen zu veranstalten hat, nicht nur über die Arbeitszeit. Als Gouverneur und zur Auskunftserteilung müßten vor allem auch die Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden.

In der aktuellen Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen

hat die deutsche Regierung auf der Börne konzentriert sich leider auf den tatsächlichen Standpunkt gestellt, der Schutz sei nur bis zum Gedachten fahrt auszudehnen. Wir wissen, daß die Regierung in diesem Jahre auf der Konferenz eine andere Stellung eingenommen und sich nicht nach den Wettungen des Zentralverbands deutscher Industrieller richten möge. Bedauerlich ist es, daß wir in Bezug auf den Schutz der Jugendlichen viele Auseinandersetzungen haben. In der Glasschliffverordnung z. B. tritt die Auseinandersetzung hervor, die Nacharbeit der Jugendlichen sei gar nicht zu verbieten. Die Arbeiter stehen ausnahmslos auf dem entgegengesetzten Standpunkte.

Das Heimarbeitergesetz

besteht seit zwei Jahren. Aber noch immer wird den Heimarbeitern nicht eine Aussicht über den Ihnen zusammenhängenden Lohn und ein Lohnbuch gegeben. Soll denn die Schlamperei in den großen Betrieben, mit Hunderten und Tausenden von Heimarbeitern für eine innere Notwendigkeit erklärt werden? In den gesundheitsförderlichen Betrieben hätte man mit Hilfe des Gesetzes eingreifen müssen. Alles ist geschehen. Nur für das Tabakgewerbe ist eine Verordnung erlassen worden, in der aber erlaubt wird, Tabak in Wohn- und Schlafräumen zu zapfen und in der der Raum von 10 auf 7 Kubikmeter herabgesetzt ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Eine sanitäre Einrichtung für den Heimarbeiter sind dadurch wieder in Frage gestellt. Die Heimarbeit in der Tabakindustrie ist vollständig verboten werden. Die Arbeiter würden dadurch nicht beschäftigungslos werden, sondern die Unternehmer müßten in einer anderen Betriebsform übergehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Heimlich liegt es in manchen Zweigen der Glasfabrikation, z. B. bei der Herstellung der Übergläser. Bei der Verarbeitung des Heimarbeitergesetzes wiesen wir auf die in England eingerichteten Lohnkommissionen hin. Denials sagte man, man müsse erst den Erfolg dieses Versuches abwarten. Tief, noch zwei Jahren, würde doch die Zeit der Erdbeben vorüber sein, und man sollte die Einschränkung von Lohnkommissionen und Fachausschüssen überstreichen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Außerordentlich gefürchtet sind die Arbeiter, die mit

Bleibewkarben

zu tun haben. Eine Enquête aus dem Jahre 1907 zeigt, wie ungenauer oft diesen Arbeitern jede Gelegenheit fehlt, sich vor dem Essen zu reinigen. Dabei ist der einzige Schutz vor der Ansteckung die persönliche Reinlichkeit. Fehlt diese, so gibt es kein anderes Mittel, als das völlige Verbot der Verwendung von Bleibewkarben. Vor allem nur dies Verbot in der Heimindustrie ausgesprochen werden. -- Am Baugewerbe ist die Zahl der Unfälle ganz außerordentlich groß. Die freien Gewerkschaften haben auf der Baustütz-Ausstellung gezeigt, wie es möglich ist, durch Schuhvorrichtungen die Unfallzahl herabzuminden. Hier genügen aber nicht Unfallverhütungsvorschriften, sondern sie müssen auch kontrolliert werden. Und dazu fordern die Arbeiter die Mitwirkung von Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Soz.) An die Gewerkschaftsvertretungen müßten auch die Hotelboten, die im Fahrtshalt Beschäftigten einbezogen werden. Es ist doch wünschlich eine geringe Forderung, ihnen diesen minimalen Schutz zu gewähren. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß eine Art passende Réglement im Reichsamt des Innern vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auf der anderen Seite sehen wir, wie man Gesetzesgebung und Rechtsprechung zu Gunsten der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu beeinflussen sucht. Den Unternehmern ist gefragt, in ihren Verbänden Zwang auf die Auflösung auszuüben, die Arbeitnehmer werden wegen Erpressung verurteilt, wenn sie versuchen, von dem ihnen gewährleisteten Recht der Koalition Gebrauch zu machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Arzt, der einen andern als Streitbrecher bezeichnet, wird freigesprochen, von demselben Oberlandesgericht wird ein Arbeiter wegen Gebrauchs des Wortes "Streitbrecher" verurteilt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da heißt das Zentrum noch immer, daß wenn das Strafgesetzbuch verschärft wird, Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig davon betroffen werden. Wie hat die Rechtsprechung auf einem so hohen Niveau gestanden wie gegenwärtig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zu der Zeit des Sozialrechtsgeistes hatten die Richter wenigstens das Gesetz für sich, heute aber finden wir die deutsche Absicht, im Interesse einer bestimmten Kasse die Rechtsprechung direkt zu machen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Diese generelle Behauptung dem deutschen Richterkreise gegenüber kann ich nicht zulassen.

Abg. Schmidt (fortfahren): Wenn ich sie generell ausgesprochen haben sollte, so will ich mich berichtigten. Es war allerdings sehr traurig um Deutschland bestellt, wenn nicht auch in Richterkreisen sich der Ekel gellend macht gegen diese einseitige Rechtsprechung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Brutaler und roher als ich es oefenbar gemacht habe, kann sich die kapitalistische Abschaltung nicht gebären. (Reichs-Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Doermann (Bpt.): Weder von einem überreifen Tempo der Sozialpolitik, noch von einer stagnierenden auf diesem Gebiete kann meines Erachtens die Rede sein. Tatsächlich ist in der Praxis der Sozialpolitik noch nie so viel gearbeitet worden, wie in den beiden letzten Jahren. Allerdings muß Verständigung erreichen, daß einzelne Fragen noch immer nicht weiter gekommen sind, z. B. die Regelung der Arbeitszeit in den Bahn- und Plättlanstalten und bei der Feuerwehr. In der Binnenschifffahrt freilich unterschätzt der Vorredner die Schwierigkeiten. Auf der Ober sind es gerade die kleinen Schiffer, die sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit wenden. -- Gegen die Binnenschiffahrt sollte mehr als bisher gehandelt werden. Das Tarifrecht bedarfbringend der Regelung. Wir sind für jeden zeitigen Fortschritt in der Sozialpolitik zu haben und sind der Überzeugung, daß in der Hand des jungen Staatssekretärs die Sozialpolitik gut aufgehoben ist. (Reichs-Zustimmung b. d. Soz.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Montag 2 Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung. Sonnabend, den 17. Januar 1914, vormittags 11 Uhr.

Um Münsterlich: Gehen.

Die zur Bekämpfung der akuten kindlichen Kinderkrankheit in den Regierungsbezirken Hannover und Bielefeld erlassene Verordnung wird nach unbedeutlicher Debatte zur Kenntnis genommen.

Das Gesetz, wodurch die Untersuchungsbehörde zur Beauftragung von Untersuchungsbeamten ermächtigt werden sollen, wird nach einer Debatte, in der sich alle bürgerlichen Parteien für das Gesetz und Abg. Baerwald (Bpt.) einen Ausgleich für die Mehrzahl der Untersuchungsbeamten durch höhere Verdienstbelohnung verlangt, in erster und zweiter Lesung angenommen.

Erste Lesung des Wohnungsgesetzes.

Hanselmann Dr. Gadow: Durch Erbringung dieses Gesetzes entsteht die Regierung den mehreren ausgedehnten Wohlwollen des Landes nach. Allgemein muß überzeugt werden, daß eine gerechte Eingliederung die Wohnungswirtschaft nicht zu fördern, sondern zu behindern vermag. Die sozialen Verhältnisse der minderwertigen Bevölkerung müssen die Wohnungsbauaufgaben an die höherwertigen Organe übertragen werden. Die große Mehrheit der minderwertigen Bevölkerung erfüllen die Wohnungsaufgaben nicht. Die Regierung hat aber wiederholte Mängelberichte erhalten, die der Verteilung des Wohnungsmarktes

immer dringender verlangen die Verbesserung der Bevölkerung ein. Außerdem der Wohnungswirtschaftsvertrag. Zum Beweise dessen verliest der Minister einige statistische Angaben, aus denen u. a. hervorgeht, daß noch im Jahre 1908 in Schieneberg ein Drittel aller Bewohner in Wohnungen mit höchstens einem heizbaren Zimmer untergebracht wurden. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet werden die Wohnungsstände ganz besonders durch das Schlaganfall verdeckt. Jede Art von Mängeln sind diese den Wünschen nach Erhaltung des Bau- und Wohnangebots nicht in genügendem Maße entgegengesetzt. Bei der Ausführung des Wohnungsgesetzes muß das Wohnungsbedürfnis mehr als bisher berücksichtigt werden. Es sollen Erleichterungen bei der Ausübung der Baubewilligungen eingeführt werden, wofür das Gesetz die rechtliche Unterlage schafft. Vor allem ist die Neuregelung des Wohnungswesens von Bedeutung für die Gesundheit des Volkes, der heranwachsenden Generation. Nur in gesunden Wohnungen kann sich auch ein normales Familienselbst entwickeln. Die Wohnungsfrage ist eine allgemeine Kulturstellung. (Beifall.)

Abg. v. Hassell (R.):

Die Kommission muß den Entwurf umarbeiten. Es ist unmöglich, durch ein einheitliches Gesetz die ganz verschiedenen Wohnungswirtschaften in der Stadt und auf dem Lande zu regeln. (Klarheit links.) Hier sind sie sicherlich günstiger als in den Industriegebieten. Wir werden daher dafür eintreten, daß das plattdeutsche Land aufgenommen wird von den Bestimmungen des Gesetzes. Daraus sind wir bereit, an dem Entwurf mitzuwirken. Wir beantragen daher, ihn an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu übertragen. Vor allen Dingen müssen der Mittelstand und die Grundbesitzer vor etwaigen empfindlichen Schädigungen geschützt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wuerthling (B.):

Der Wichtigkeit wegen muß der Entwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern übertragen werden. Wir stehen dem Gesetz sympathisch gegenüber und wollen es so gestalten, daß kein Bedürfnis für ein weiteres Eingreifen des Reiches vorhanden ist. Der Entwurf gibt der Polizei eine wesentliche Machterweiterung. Diese muss genau umschrieben sein. Gilt der Entwurf nur für die Städte oder auch für das plattdeutsche Land? Einzelne Bundesstaaten sind Preußen bereits in der Wohnungslösung vorangegangen.

Abg. Küpper (M.):

Auch wir begrüßen den Entwurf. Wir vermissen aber Bestimmungen über die Sanierung älterer Stadtteile. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wird durch die Vorlage stark beeinträchtigt. (Sehr richtig! links.) Die Regierung sollte ihren aufrechten Standpunkt gegenüber Einigemeindungsfragen wirtschaftlich zusammenhängender Gemeinden aufzugeben. Die Feststellung der Flächlinien muß den Gemeinden überlassen werden. Die Wohnungsausübung muß gleichfalls eine kommunale Einrichtung bleiben, im Gegensatz zu dem vorliegenden Entwurf, der sie als Staatsanstalt auf Kosten der Gemeinde organisiert. Auch auf die Gemeinden unter 10 000 Einwohnern muß die Wohnungsausübung ausgedehnt werden. Sehr allerbesten halben halten wir den Entwurf für eine durchaus geeignete Grundlage. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Ebdicke (F.):

Die Grundlinien des vorliegenden Entwurfs sind zweifellos richtig, aber manche Einzelheiten, so den Angriff auf eine ungeheure Bodenspekulation halten wir nicht für angebracht. Es ist tragisch, daß ein kleiner Villen, die der Eigentümer zur Bekämpfung der Wohnungsnott vorschlägt, zum gewünschten Ziel führen werden, nämlich die Menschen zu vernichten. Die Einigemeindungsfragen wirtschaftlich zusammenhängender Gemeinden aufzugeben. Die Feststellung der Flächlinien muß den Gemeinden überlassen werden. Die Wohnungsausübung muß gleichfalls eine kommunale Einrichtung bleiben, im Gegensatz zu dem vorliegenden Entwurf, der sie als Staatsanstalt auf Kosten der Gemeinde organisiert. Auch auf die Gemeinden unter 10 000 Einwohnern muß die Wohnungsausübung ausgedehnt werden. (Sehr richtig! rechts.)

Ministerialdirektor Dr. Gremb wehrt sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung ihr Versprechen, die Baupolizei auf die Städte zu übertragen, nicht erfüllt habe. In Berlin sei das nicht möglich gewesen.

Abg. Dr. Gleisch (Bpt.):

Das Gesetz, das wir begrüßen, ist in zahlreichen Einzelheiten unbedingt verbessерungsbefürdig. Die Wohnungswirtschaft auf dem Lande sind durchaus nicht ideal. Für die ländlichen Arbeiter sind nicht überall ausreichende Wohnungen vorhanden. Gute das Wohnungswesen auf dem Lande erklärt zum Teil den Abschluß der ländlichen Bevölkerung in die Städte. Die Wohnungspolitik muß durch die Gemeinden ausgeübt werden. (Beifall links.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Seitens hat ein Entwurf so viel Kritik erfahren wie dieser. Wir verhalten uns nicht prinzipiell ablehnend, so wie begnügt uns auch mit einer geringen Abzahlung im Interesse derjenigen Schichten, deren materielle und geistige Leistung wir fördern wollen. Es ist aber zweifelhaft ob dieser Entwurf irgend welche durchgreifende Verbesserungen der Wohnungswirtschaft zu bringend sind. Der Entwurf deutet sich durchaus nicht mit seiner Begründung. Die guten Bestimmungen sind aus dem Entwurf von 1901 herausgestrichen, und da in der Begründung sage stehen, die zum Entwurf passen wie die Faust aus Auge, so gewinnt es fast den Anschein, als ob die Regierung bei der Schnelligkeit, mit der sie diesen Entwurf vorgelegt hat, wahrscheinlich aus der Vergründung zum Entwurf von 1901 fällt. Es werden dann arg Mätz und eckeln eingeschlagen, deren Eysen, wenn ein sozialdemokratisches Mitglied des Hauses von der Tribüne herauftiefe, so dargestellt würde, man ableugnen würde. Einige Entwicklungen muß entgegengesetzten werden. Von gewisser Seite wird festgestellt, daß die Wohnungen nur deshalb teurer geworden wären. Die Arbeitgeber können aber auf den Preis der Wohnungen nur einen ganz verschwindenden Einfluß. Die Bestimmungen des Entwurfs stellen einen starken Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde dar. Der Polizei werden weitgehende Macht eingeräumt, ohne daß dadurch eine Verbesserung der bestehenden Zustände gewährleistet wird. Diesmal heißt es auch, es sei gute Erfahrung, dafür vorhanden, daß das Haus bei einer privaten weiterbestehen müsse. Während es doch schon vor langen Jahren wegen seiner schädlichen Wirkungen als überlebt gesehen werden ist. Die "guten Gründe" sind dann auch politische Gründe. Man will ein weiteres Vorbringen der Sozialdemokratie erschweren. Die ganze Argumentation ist verschliffen. Wer so argumentiert, von dem kann man nicht wirklich annehmen, daß es ihm ernst ist mit einer

Abstzung der Mängel.

Sehr richtig! b. d. Soz.) In der präzisen Ausföhrung der Gefährdung der Selbstverwaltung befindet wir uns in Übereinstimmung mit dem Vorstand des preußischen St

Schlesien und Bösen.

Brieg., 19. Januar. Schule rauszunehmen. Die Rektoren der städtischen Volkschulen machen bekannt, daß das neue Schuljahr Mittwoch, den 1. April, beginnt. Schulwillicht ist alle Kinder, die bereits 6 Jahre alt, oder bis zum 30. September d. J. das 6. Lebensjahr vollenden. Die Anmeldung hat zu erfolgen: 1. für die evangelische Knaben-Volkschule Donnerstag, den 22. Januar, nachmittags von 2-5 Uhr, im Zimmer 4 und 6 des Schulhauses in der Lindenstraße; 2. für die evangelische Mädchenchule Dienstag, den 20. Januar, nachmittags von 2-5 Uhr, im Zimmer 4 und 6 des Schulhauses an der Steinstraße; 3. für die katholische Knabenchule Donnerstag, den 22. Januar; 4. für Mädchen Dienstag, den 10. Januar, nachmittags 2-5 Uhr, im Konferenzraum des Schloßhügelgebäudes. Zur Anmeldung ist der Impfsteck, für auswärts reisende Kinder auch das Taufzeugnis (nicht der Geburtschein) beizubringen.

Brieg., 19. Januar. Eine kleine Überraschung. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung gab der Magistrat bekannt, daß die Kanalisation so schöne Einnahmen bringt, daß schon ein Reservekonto von 9000 Ml. vorhanden ist und ein Viertel des Schulhofs bezahlt ist. Der Magistrat beabsichtigt daher, für die Ein- und Zweizimmerwohnungen die Kanalgebühren vom 1. April ab fallen zu lassen, wodurch eine Mindereinnahme von 10 000 Ml. entsteht. Von der Arbeiterschaft wird es mit Freuden begrüßt, daß die bisher als drückend empfundene Steuer endlich gelassen wird.

Wittenberg., den 19. Januar. Das Ende einer Freiheit. Am Freitag nachmittag war auf dem Boden des Hauses Bahnhofstraße 15, dem Geschäftsführer A. Polant zehnzig, auf noch nicht ermittelte Weise Neuer ausgebrotchen, das in den auf dem Boden lagernden Sachen, Betteln, Wäschestückchen, zw. reichliche Nahrung fand und einen riesigen Qualm entwickelte. Derselbe drang in die Räume und Wohnungen des Hauses, sodass die Einwohner aus denselben flüchten mußten. Im dritten Stock des Hauses wohnt auch der Klempnermeister Ojan mit seiner 75 Jahre alten Mutter. Letztere flüchtete, als sie aus der Wohnung flüchten wollte, auf dem Korridor zusammen und blieb infolge des starken Qualms betäubt liegen. Sie wurde an die frische Luft gebracht, die Erholung ihres Lebens war aber nicht mehr möglich, trotzdem zwei längere Zeit Wiederbelebungsversuche gemacht hatten.

Kattowitz., 19. Januar. 16 Millionen Reingewinn. Die oberösterreichischen Steinlobenwerke des Fiskus haben allein einen Reingewinn von 16 Millionen Mark oder darüber vor-

viel wie im vorjahr ergeben. Doren glänzenden Vorjahresabschluß verdanken sie der besonders erfolgreichen Entwicklung des oberösterreichischen Kohlenbergbaus, dass sich starker Nachfrage aus Russland und Österreich-Ungarn insbesondere der gehörigen politischen Lage erfreute. Ferner kam dem oberösterreichischen Export aus allen Ländern, die englischen Händler und Kohlenhändler hoffnenden Absatz in den Mitteleuropäerländern fanden, die Konkurrenz der englischen Kohle dadurch also eingeschränkt war, seit dem Nachlassen der politischen Spannung macht sich aber der englische Wettbewerb wieder stark bemerkbar. Trotz dieser Preisengpasse sind die Höhne der österreichischen Grubenarbeiter um keinen Pfifferling höher, als die der anderen Gruben.

Oppeln., 19. Januar. Der Umfang war sehr in Konkurrenz. Einiges Aufsehen erregte die Eröffnung des Konkurrenzverfahrens über das Vertragen des Kgl. Oberamtmanns Hoberg in Szczepanowisch, Amtsvorsteher für den Umbezirk und Präsident der gleichnamigen Kgl. Domäne. Vom Landrat wurde ihm die Führung der Amtsvorstehergeschäfte eingerichtet und die Domäne wurde von der Regierung in Verwaltung genommen.

Görlitz., 19. Januar. Folgen schwere Gasexplosion. Infolge Gasrohrbruchs ereignete sich im Hause Bergstraße 5 eine schwere Gasexplosion. Sämtliche Guretschelben vom Paternoster bis zur dritten Etage wurden zerstört und die Seitenwände im Keller eingedrückt. Eine Einwohnerin, Els. Martha Eichler, erlitt schwere Verbrennungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Briefkasten.

C. G. S. Wer als Steuerpflichtiger, dessen Einkommen jährlich 6500 Ml. nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewidmet, dem wird die Steuer ermäßigt:

um eine Stufe bei 2 Familienangehörigen

" drei Stufen " 3 oder 4 "

für zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein. Nicht berücksichtigt werden die Steuerpflichtigen und die Kinder und Angehörigen (Eltern, Schwiegereltern usw.), die das 14. Lebensjahr berücksichtigen haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind, oder ein eigenes Einkommen von mehr als der Hälfte des jährlichen Lohnes nach ihrer Tätigkeit und ihrem Geschlecht haben. (§ 19 des Einkommensteuergesetzes.) Wer von der Steuer ganz befreit ist, weil er zwei oder mehr Kinder hat, ist zugleich in der Gemeinde wahlberechtigt, wenn sein Jahreseinkommen mehr als 660 Ml. beträgt. (Artikel II der Änderung des Einkommensteuergesetzes usw. vom 26. Mai 1909.)

W. 100, Jauer. Wer auf der Trunkenboldsche Weit, muss auch Steuern zahlen, wenn er das nötige Einkommen hat. **Großende Wittigkunde.** Der Fiskus kann diese nicht verunglimpfen, sondern wurde 1897 aufgelöst. Das Breslauer Wittigkunde wurde 1898 an Herrn Kommissionsrat Zadek verkauft, der es 1902 an den Kommissionsrat Busch weiter veräußerte, der noch jetzt Besitzer ist.

Breslau., 17. Januar. Gegeboten von der Marktnotierungskommission für Getreide.

Weizen gute	Qualität der letzten Fröte	17,90 - 18,10 Ml.
... gleicher	gleicher	14,80 - 15,00 "
Oaten	gleicher	14,80 - 14,40 "
... gleicher	gleicher	15,80 - 15,80 "
Hafer	gleicher	24,60 - 25,00 "
... gleicher	gleicher	21,80 - 22,00 "
Rodecker	gleicher	27,00 - 17,80 "
Zuckerrohr	gleicher	6,00 - 6,80 "
... gleicher	gleicher	4,80 - 5,00 "
Wheat	gleicher	2,00 - 2,40 "
Winterrohr	... keine 20,00, mittlere 25,50, geringe Ware 28,00	

Wheat ruhig, der 100 Kilo zu 111. Sac brütte Weizen zu 100 Kilo, 26,00-28,00 Ml. Roggengemälz zu 111. Sac brütte Roggen zu 100 Kilo, 22,50-23,00 Ml. Maize - Hüttener mehl ruhig, 10,80-11,00 Ml. Weizenkleie ruhig, 10,00-10,50 Ml.

Wochenspielplan der Breslauer Theater.

	Stadt-Theater	Stadt-Theater	Thalia-Theater	Chauspielhaus
Montag	Sanetta, Das Koch in der Landschaft.	Zum 3. Male: Schön und Grausame.	Gr. G. 2. Vorst. Geographie und Liebe.	Die Königin
Dienstag	Alba	Die Freiheit Bernhardi.	-	Die Königin
Mittwoch	Ernstigste Preise Die Baumbüste	Schön und Grausame	Gr. H. 2. Vorst. Geographie und Liebe.	Die Königin
Donnerstag	Die Wallfare	Rosmersholm.	-	Die Königin
Freitag	Bastien und Bastienne Die Entführung aus dem Serail	Schwärzin und Grausame	Dumbell's Werk: Schön und Geographie und Liebe	Die Königin
Sonnabend	Ernstigste Preise Der Freischütz	Zum 1. Male: Der Nachtwanderer	-	Zum 1. Male: Potentinst
Sonntag	Anfang 5 Uhr: Parival	Zum 2. Male: Der Fürstener	-	Operette L'Officier de la Chambre. Deut. von Delibes.

Den Lesern bei Glücksfällen empfohlen.

Provinz-Bezugssachen-Derzeichnis.

Glück sind dreimal wöhentlich.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.
Kohl., Emil (Büttner Scheinfabrik).

Arbeiter-Kapitälen.
Reichmann, W., Oppelnstr. 25. Die. Artif.

Bücherladen und Kapitälen.
Schmid, Hermann, Möllnerstr. 18.
... West. Schreib.

Bierbrauereien.
Brüder Stadtbraueri. L. & C.
Bürgisches Braubant. C. G. m. b. H.

Fahrräder und Motorräder.
Künzli, G., Oppelnstr. 8. Repar. G. H.

Fleischerie n. Wurstfabrik.
Künzli, Reich., Schafft. 22. Kopum-Set.
Künzli, Richard. Möllnerstr. 2.
Künzli, Reich., Neuhäuserstr. 20.

Fische - Delikatessen.
Künzli, C. Lauterbachstr. 24.
Künzli, Weinhold. Leipzigerstr. 10.

Galerie- und Spielwaren.
Göbel, H., Nagym. 2.

Herrnen- u. Knaben-Garderobe.
Künzli, Reich., Schafft. 22/23. Kopum-Set.
Künzli, Richard. Möllnerstr. 22.

Kinematographen.
Kubala, P. Lichtspiel-, chem. Planierfarben.

Korbwaren, Kinderwagen, Spielwaren.
Kubala, P. Lichtspiel-, Möllnerstr. 2.

Kuchwaren.
Dankle, H., Möllnerstr. 62.

Leinwandwaren.
Künzli, Reich., Nagym. 48/49.

Manufaktur- und Medewaren.
Dankle, H., Möllnerstr. 62.

Nadelwaren.
Künzli, Reich., Nagym. 48/49.

Reparatur- und Reparaturwaren.
Künzli, Reich., Nagym. 48/49.

Fließereien u. Wurstfabriken.

Obig, Heinrich. Peppista. Großherzog.

Schuhwaren.

Oppolzinger, E., Obornik, Ring 27, I.

Tricotages. Weisse. Wollwaren

Oppolzinger, E., Obornik, Ring 40/Großherzog.

Glogau

Borneskledung. Wäsche, Tricotage.

Oppolz. Ob. 12. Mochnastr. 12. (Schnitt.)

Haus- u. Küchengeräte, Spielwaren.

Oppolz. Obornik, Ring 2.

Horren- und Knaben-Garderobe.

Oppolz. Obornik, Ring 52/53.

Kleinste. Reich., Schafft. 22. Kopum-Set.

Kleinste. Reich., Schafft. 22. Kopum-Set.

Kleinste. Reich., Schafft. 22. Kopum-Set.

Kinematographen.

Oppolz. Obornik, Ring 2.

Korbwaren, Kinderwagen, Spielwaren.

Oppolz. Obornik, Ring 2.

Kuchwaren.

Oppolz. Obornik, Ring 2.

Leinwandwaren.

Oppolz. Obornik, Ring 2.

Manufaktur- und Medewaren.

Oppolz. Obornik, Ring 2.

Nadelwaren.

Oppolz. Obornik, Ring 2.

Oppolz. Obornik, Ring 2.</p

Wähler der Landgemeinden! Seht die Wählerlisten ein!

entgegengesetzten. Während die Bauordnung für das Tempelhofer Feld von 1903 nur viergeschossige Häuser und eine Bebauung der einzelnen Grundstücke bis 60 Prozent gestattete, ließ die Bauordnung von 1907 fünfgeschossige Häuser und 60%ig prozentige Bebauung zu. Der Polizeipräfekt des preußischen Tempelhofer Feldes ist dadurch von 80 bis 40 auf 72 Millionen Mark gestiegen, die der Eigentümer, der Militäriskus, bekam. (Vortr. b. d. Soz.). Diese fiskalische Spekulation wurde nur durch die Ver schlechterung der Bauordnung ermöglicht. 1910 gestattete der Polizeipräfekt von Berlin vorübergehend Kellerwohnungen. 1½ Jahre später verbot er sie wieder. Die Gründe sind der Deutlichkeit nicht bekannt geblieben, aber während der Zeitung der Zusammensetzung der Kellerwohnungen waren den Hausbesitzern natürlich wieder

einträgliche Spekulationen

ermöglicht worden. — Wenn die Vorlage den Erlass von Wohnungsordnungen nur für Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern vorschreibt, so ändert sie eigentlich garnicht an dem bestehenden Zustand! Sind denn die Wohnungen in den kleinen Gemeinden wirklich so gut, daß dort der Erlass von Wohnungsbauverbitten überflüssig ist? Der amtliche Bericht über das Gesundheitswesen im preußischen Staat, der von der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern erstattet ist, enthält reichliches Material hierüber. Fast aus allen Regierungsbezirken wird von kraftigen Wohnungszuständen auf dem Lande berichtet. In dem Bericht über den

Regierungsbezirk Breslau

wird u. a. bemerkt, daß die industrielle Bevölkerung immer mehr das Bestehe nach größerer Wohnungen zeige und auch eine bessere Wohnungspflege aufweise. Der Bericht der Regierung spricht selbst von traurigen Wohnungszuständen auf dem Lande. Da sollte man doch wahrlich nicht auch noch eine Verbesserung vor den Agrarern machen, sondern dann das Wohnungsgesetz unbedingt auch auf das platt Land erstreden. Der Zusammenhang zwischen dem Wohnungszustand und der Tuberkulose ist doch wahrlich bekannt genug. Alle, denen es wirklich ernst ist mit der Wohnungsreform, müssen verlangen, daß auch die Gemeinden unter 10 000 Einwohnern Wohnungsbauverbitten zu erlassen verpflichtet werden. Die Haushaltssatze wenden gegen die Wohnungsausstattung und die Wohnungshöchstgrenzen ein, daß ein Verbot der Wohnungsbauverfügung den Geburtenrückgang noch verstärken würde. Derartige Einwände sind nach gegen sozialen Fortschritt gerichtet worden. Zweifellos aber sind doch nicht überfüllte Wohnungen einem Zustand vorzuziehen, wo die Familien sich, ohne eine Trennung der Geschlechter durchzuführen, mit der Kälte begnügen, während die übrigen Räume am Schloßgängen übermietet werden. Ich gehöre selbst einer Wohnungsbauverbitten an und kann Ihnen sagen, daß in einer so jungen Stadt wie Charlottenburg sich zahlreiche mangelhafte Wohnungen finden und daß mehr als die Hälfte der bestichtigen Kleinstwohnungen beankündigt werden mußte. Daß die Arbeitgeber die Fasaden von Werkwohnungen bei Strafe der Kündigung an der Bekundung ihrer Überzeugung hindern, wundert mich nicht, dafür leben wir in Preußen, die Regierung macht es genau so.

Wir haben ja oft darauf hingewiesen, wie rigoros vorgegangen wird. Von den Arbeitern wird mit starker Widerstand gegen das Kapital und Kapitalisten erhoben. Es werden da, wo möglich gewahrt, bestimmte Mindestforderungen erhoben. So werden u. a. Mindestanforderungen an Licht und Lüft gestellt. Jede Person soll ein eigenes Bett haben, die Betten dürfen nicht nebeneinander stehen, die Wände soll wenigstens alle vier Wochen geweißt werden. Wie schlimm müssen die Zustände sein, wenn veraltige Forderungen an ergeben sind, die sogar von den Arbeitgebern und auch hier im Saale als berechtigt anerkannt werden. Zugleich erscheint es, ob befürdete Bestimmungen für die Arbeitnehmerwohnungen erlassen werden sollen. Man könnte etwa die Arbeitnehmer als Schlafräucher und die Arbeitgeber als Wohnungseigentümer betrachten und ihre Wohnungen unter diesem Gesichtspunkt der Aufsicht unterstellen. Vielleicht kann man davon absehen, die Wohnungsfürsorge wird ja Aufgabe der Gemeinde weiter bleiben. Die Grenzen bei 100 000 Einwohnern zu ziehen, erscheint nicht ausreichend. Selbst die Kap ist ja auf Herabelzung der Grenze auf 50 000 eingetreten. Wenn die Sache nächst an die Kommission von 28 Mitgliedern, die das Zentrums beantragt, verriesen wird, in der wir ja nicht vertreten sind, so sorgen Sie dafür, daß dann nächst nicht behauptet wird, die Sozialdemokraten wollten nicht mitarbeiten. Wir wollen gern eine wirtschaftliche Förderung des Wohnungszustands herbeiführen. In dem vorliegenden Gesetzentwurf erbliden wir vor der Hand ein untaugliches Mittel dazu, wenn er aber keine gründliche Förderung erfährt, so ist es unmöglich, daß er in der Schlußabstimmung unsere Zustimmung findet. (Vortr. b. d. Soz.)

Das Haus verlädt sich.

Vdg. v. Hesse (R.): Ich wollte nicht sagen, daß für das platt Land überhaupt kein Wohnungsgesetz erlassen werden sollte, sondern nur, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf das platt Land nicht passen.

Für den Zentrumsvorstand, das Gesetz an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen (in der nach dem Schluß für die Kommission die Sozialdemokraten nicht vertreten sein würden) erhebt sich nur ein Teil des Zentrums. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern, in der die Sozialdemokraten vertreten vertreten sind.

Montag 12 Uhr: Zweite Lesung des Landwirtschaftssets.

Schluss & Uhr.

Ein Bekleidungsprozeß der Königlichen Polizei in Köln.

Köln, 17. Januar 1914.

Unter starkem Andrang des Publikums wurde heute Vorlesung des Prozesses gegen den Genossen Söllmann wegen Bekleidung der königlichen Polizei fortgesetzt und zu Ende geführt. Polizeipräfekt v. Bergmann gibt zu Beginn der Verhandlung eine längere Schilderung ab, in der er sich gegen einen Artikel der "Sächsischen Zeitung" wendet, in dem die im Prozeß um das Tanzloch gesuchten Missstände geringt werden. Gegen die im Verfahren bloßgestellten Beamten werde ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Verteidi. er Rechtsanwalt Dr. Barth wendet sich gegen einen Artikel des "Stadtanzeigers". Die Angreife des "Stadtanzeigers" erreichen nicht seine Erfolgsmeile, denn seine Artikel.

Der Gerichtsstab stellt sich dann zur Verhandlung zurück und führt nach einer Brieftaufende die folgenden

Urteil

Urteil: Der Angeklagte wird wegen Bekleidung im Sinne der §§ 185 und 200 zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Am Nachmittagsgerichtsfall tritt die je 10 Mark zu Todesstrafe auf. Zum Polizeivorhaben wird die Bürgerversicherung in ähnlichen Abschüssen abgeführt. Bei dem Schiedsgericht wird der Angeklagte freigesprochen, doch beim Rechtsanwalt Dr. Barth werden ihm 100 Mark Kosten entzogen. Der Angeklagte ist schließlich freigesprochen, doch beim Richter Dr. Barth werden ihm 100 Mark Kosten entzogen. Der Richter Dr. Barth und die anderen Richter stimmen ein, daß diese Urteile eine Rechtssetzung darstellen. Das Urteil der Schiedsgerichtschaften hat sich nicht auf die einzelnen Richter und Richterinnen beziehen.

eine Verleihung der Dienstpflicht durch Polizeiinspektoren und Polizeikommissare und andere Beamte ergeben. Das Gericht hält eine passive Bestechung erwiesen in den Fällen der Polizeiinspektoren Botsch, Kaup, Ebner und der Polizeikommissare Hannemann und Wolfske. Die Verfehlungen der Kriminalbeamten seien bei den geringen Spuren übernicht so hoch anzuschlagen. Der § 193 des Strafgesetzbuches, die Wahrung der berechtigten Interessen, könne nur dem Angeklagten so weit zugestellt werden, als die Fälle wirklich erwiesen wurden. Bei der Strafanwendung wurde berücksichtigt, daß es dem Angeklagten um die Beseitigung von Missständen zu tun war. Er sei aber über das erlaubte Maß hinausgegangen. Das Recht der Presse habe eine Grenze an der Ehre der Angegriffenen.

Ein fünfacher Giftmörder.

Frankfurt a. M., 17. Januar 1914.
Schäfer Verhandlungstag.

Mit fieberhafter Spannung sieht man dem heutigen Urteil entgegen, das die späteren Nachmittagszuhörer erwartet wird. Die heutige Sitzung beginnt mit erheblicher Verspätung, da das Gericht die Schuldsachen zu formulieren hat. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Heldmann, legt alsdann den Geschworenen die neuen Schuldsachen vor. Sie laufen beim Vater des Angeklagten auf Mord und Mordversuch, bei dem vaterlichen Kind auf Mord, bei der ersten Frau auf Mord, bei der zweiten Frau auf Mordversuch, bei dem vaterlichen Kind auf Mord, bei der Mutter auf Mord und Mordversuch, bei der dritten Frau auf Mordversuch. Der Verteidiger beantragt bei der ersten Frau die Unterfrage auf Mordversuch und schwere Körperverletzung im Sinne des § 229, II, nach dem mit Zugthaus nicht unter zehn Jahren und mit lebenslänglichem Zugthaus bestraft wird, wer durch Beibringen von Gift den Tod einer Person herbeiführt.

Dann ergreift der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Schäfer, das Bluhne, das Wort, um den allgemeinen Teil der Anklage zu begründen. Der Giftmord, die niederräufigste und feigste Art des Mordes, ist Gott sei Dank in Deutschland eine Seltenheit, der Nord mit Salzbergen wurde in diesem Falle wohl zum ersten Male beobachtet. Langsam und mit tieflicher Überlegung hat der Angeklagte die ihm am nächsten stehenden Menschen zugrunde gerichtet oder zu morden versucht. Die niedrigste Motive waren seine Beweggründe. Bei den meisten Verbrechen, auch bei den schwersten, findet man Milderungsgründe, hier sucht man vergebens etwas, was die Tat im besten Lichte erscheinen läßt. Der Staatsanwalt geht dann auf die chronologische Reihenfolge der Unfälle hinaus und alsdann stellt Staatsanwalt Heller die Anträge, die Frage auf Mord an der Mutter, an der ersten Frau und den beiden Kindern zu befreien, ferner zu befreien die Frage auf Mordversuch an dem Vater, der zweiten und dritten Frau. Der Staatsanwalt schließt mit den Worten: Führen Sie diesen Verdach seiner gerechten Strafe, der Todesstrafe, entgegen, und sorgen Sie dafür, daß er nicht mehr mit dem Gedanken spielt: Was wird aus Frankfurt, was wird aus den Taunus?

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sinding erinnert sich die einzelnen Punkte der Anklage abzuschwören und wies vor allem darauf hin, daß auch bei der zweiten und dritten Frau § 229 Absatz 2 in Betracht kommen könnte. Räumlich aber sei die Anklage auf Mord oder Mordversuch gegen die Eltern hinflos.

Darauf zeigen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Nach 1½ stündiger Beratung verkündet der Obmann, daß die Geschworenen den Angeklagten des Mordes an der ersten Frau für schuldig befunden hätten, des Mordversuchs an den zweiten und dritten Frau, sowie an den beiden Kindern. Einsichtlich der Eltern sei er von der Anklage freizusprechen. Staatsanwalt Heller beantragt darauf gegen den Angeklagten die Todesstrafe und 15 Jahre Zugthaus, sowie dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und die Stellung unter Polizeiaussicht.

Urteil,

dass der Kaufmann und Fachlehrer Karl Höpp zum Tode und zu fünfzehn Jahren Zugthaus sowie zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt worden ist. — Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig und gefaßt entgegen, er legt sich willenslos in seine Zelle zurück zu holen. Vor dem Gerichtsgebäude nahm eine große Menschenmenge das Urteil mit südlischer Gemüthsart auf.

Schlesien und Posen.

Gotha, 19. Januar. Alkohol und Kälte. Der in den dreißiger Jahren stehende Bergauer St. von hier wurde auf der Straße erstickt aufgefunden; die angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. St. ein verheirateter Mann und Familienvater, hatte sich einen Rauch angetrunken und ist dann auf der Straße hingefallen und erstickt.

Auf jeden Fall, namentlich aber bei der jetzigen strengen Kälte, sollten Arbeiter den Alkohol, der zwar für den Augenblick entzündt, dann aber umso stössiger macht, meiden. Ein warmes Glas Tee, Milch oder eine warme Tasse Kaffee leistet bedeutend bessere Dienste.

Lengenbielen, 19. Januar. Butter-Diebstahl. Die Handelsfrau Pauline Möckner aus Baden bei Frankfurt wurde von ihrem im Niederdorfe haustenden Baier bei ihrer Abwesenheit 25 Pfund Butter im Wert von 45,70 M. gestohlen. Die Täter sind noch unermittelt.

Göttingen, 19. Januar. tödlicher Unfall. Auch in dieser Gegend forderte der Alkohol ein junges Menschenleben, und zwar verunglückte das siebenjährige Schöpferchen des Lohnarbeiters Eigner in Barzdorf zu Tode. Nur widerwillig hielten die Eltern beim Bitten des Kindes nachgegeben und ihm das Modell gehalten. Wenige Minuten später sah das Kind mit dem Schöpferlo unglücklich an, daß es herabfiel und mit dem Kopf unter die Räder eines schwer beladenen Güterwagens geriet. Die Mutter zermalmte das Kind, und dieses starb kurz darauf.

Göttingen, 19. Januar. Verhaftung von Kupferdieben. Hier wurden viele verhaftet, die aufwendig spezialisiert in Autodiebstählen sind. Schon seit langer Zeit waren die öffentlichen Anstrengungen des Sonderkommissärs und Waldenburgs durch Erneuerung verschiedener Gebäude von Kupferdraht verhindert. Doch gelang es einem Polizeirichter zwei Männer einzufangen, die einen schweren Kupferdraht nachts zur Wohnung brachten und ihn nach Neustadt in Bielefeld. Die Stadt war von Gitternetzmauerungen zwischen Bergburg und Leine geschlossen.

Die Diebe, die Arbeiter Buse und Seeliger aus Goldberg wurden in das Striegauer Gefängnis eingeliefert.

Tauer, 18. Januar. Die "Götzen" Sitten der sogenannten guten alten Zeit werden durch die Chronik des Dorfes Bremerberg bestreift an die Öffentlichkeit gebracht. Bis zum Jahre 1898 war in Bremerberg an kein öffentliches Gasthaus zu denken, daß bestand aber die Sitten des sogenannten Kindelbierschenks, von dem der Chronist folgendes erzählt:

Wurde zu Bremerberg ein Kind geboren, so schenkte man in der Stube der Mütterin sechs Wochen hindurch Bier, aber gegen Bezahlung. Nun diente man sich eine Stube von vielleicht 1½ Quadratmetern Flächenthaler. Darin steht das Brotbett und daneben die Wiege des Säuglings. Der Ofen nimmt nach damaliger Bauart auch einen nicht unbedeutenden Raum ein. Nun spendet man noch einige Lüche und Bänke und Schmalen hinzu, und man wird zugeben müssen, daß die Stube überholt ist, wenn noch um die Wiege etwa ein Dutzend Bierkrüge sitzen. Aber hat eine brennende Fabriksofe im Munde und in kurzer Zeit ist die nur etwa 5½ Fuß hohe Stube voll Fabriksofa, an welchem kein Mensch Wohlgeruch empfinden kann. Was machen nun die Mütter und der neugeborene Erbauer dabei? Nun sehr einfach: Sie hüten um die Wiege. Hatte es zu dieser Zeit zwei Mütterinnen, so schenkte man an zwei Stellen Kindelbier. Hatte ein Vater nicht Lust, diesen Bierschank einzurichten, so verpachtete er sein Recht an eine andere Kindelbierschänke.

Zum Glück für Mütterinnen und Säuglinge ist die Ursache schon längst in der Rumpftammer der Zeit vergraben.

Neustadt O.-S., 19. Januar. Die ungefährlichen Christen. Im Jahre 1911 war es gelungen, die in den bislang Vorderstaat. A. Peschka beschäftigten Arbeiter im Deutschen Vereinigte Verband zum großen Teil zu organisieren. Eine Lohnbewegung verlief damals fast rohstilos, da sich an Stelle der Streikenden aus den umliegenden Dörfern und zum Teil auch aus der Stadt genau Arbeitwillige fanden. Die Sitzung der Christlichen bei diesem Streit war genau so berücksichtigt, wie es meist bei allen Gelegenheiten der Fall ist, wo sich diejenigen in der Minderheit befinden. Auch möchte die politische Gesinnung Herrn Peschka als stummer Stimmenmanipulator bewirkt haben, daß die Christlichen es ablehnten, ihre Organisation aus dem Patrie zu ziehen, trotzdem in der Neustädter Zeitung die Christlichen die Forderungen der Freigewerkschaften als berechtigt anerkannten. Seit dieser Zeit prüft Herr Peschka jeden bei ihm Arbeit Suchenden auf Herz und Nieren wegen seiner gesellschaftlichen Zugehörigkeit. Und dieser seiner Freundschaft gegen die reale Organisation ist sich Herr Peschka auch bis heute treu gehalten. So muss ein jeder, der bei ihm beschäftigt sein will, einen Steuerunterricht, daß der Betreffende seiner freien Gewerkschaft angehört, noch einer solchen unterstellt wird. Letzter finden sich immer noch solche Slaven, die sich sagen. Doch auch der Stern der Christlichen ist trotz ihres damaligen Vertrags gleichfalls in dem Patrie erloschen, und bis in neuere Zeit ist von diesen nichts unternommen worden, die Arbeiter dieses Patrie: von Herrn Peschka gnädigst gebuldeten christlichen Organisationen zu führen. Wie überall röhren sich nun die Christen, wo die freien Gewerkschaften auf den Plan treten, um dann als Staubkorb gegen die Sozialdemokratie zu gelten. In dem Patrie Herrn Peschka, in dem so große Anstrengungen an der Grundheit der dort beschäftigten Arbeiter gesetzt werden, hätten die Christen Gelegenheit, ihren Vaterland zu befriedigen. Dann Herr Peschka ist den Christen wohl gesinnt, wohl nur, weil auch für ihn das eigentliche Wesen der christlichen Gemeinschaft offen liegt. Zu bedauern sind aber die Arbeiter, bei denen jede Wissensmeinung unterdrückt ist. Dafür legt Herr Peschka über auch Wert auf die Anwerbung von Reserveoffizieren.

Neustadt O.-S., 19. Januar. Von den Stadtvätern. Der Bericht über die Tätilate der Stadtvorstehervereinigung im Jahre 1913 weist nach, daß 24 ordentliche Sitzungen abgehalten wurden, in denen 376 Vorlagen zur Erledigung standen. Die Tischler- und Schlosserarbeiter beim Neubau des Bahnhofsgebäudes wurden an Herrn Josef Bielich zum Angebot von 221,90 Mk übergeben, ebenso die Dachdeckerarbeiten auf dem Neubau des Bahnhofsgebäudes an den Klempnermeister Emil Scholz zum Mindestpreise von 207,25 Mk. Die Befreiung von Füßen für das Infektionshaus an die Firma Oberholz zum Preis von 1622 Mark. Über die Vermögensverhältnisse der Stadt dürfte hervorzuheben sein, daß das Substanzenwert ein 184 127,50 Mark beträgt. Die Einnahmen der Gaswerk stasse 1911 betragen 184 920 Mk. (I. V. 175 250 Mk.), die Ausgaben 15 000 Mk. Beim Gasverbrauch wird mit einer Mehrmenge, die von 5 50 Mk. durch Mehrproduktion von Kohle mit einer Mehreinnahme von 2600 Mk. gerechnet. Der Stadtvorsteher hat die Einnahmen gegen 188 600 Mk. in Aussicht, daß die Einnahmen hierfür nur 80 200 Mk. betragen, so hat die Kämmerersasse einen Zuschuß von 165 150 Mark zu leisten.

Pozna, 19. Januar. Zum Drama in Dakow Mokre wird jetzt folgende neue Darstellung verbreitet. Danach begleitete Graf Mielzyński an dem kritischen Abend selbst seinen Neffen nach dessen in der ersten Etage gelegener Zimmer und legte sich dann schlafen. Da es in seinem Zimmer sehr warm war, ließ er die Tür etwas offen. Nach etwa einer Stunde erwachte er und bemerkte, daß das Licht noch brannte. Er drehte es deshalb aus und begab sich zur Ruhe. Nach einer halben Stunde wurde Mielzyński abermals durch ein Geräusch wach. Er glaubte, daß Diebe im Hause seien, ging deshalb in das Patrie hinunter und entnahm dem Schrank auf dem Korridor eine Doppelflinte, die er lud. Er ging hierauf im Finstern durch das Speisegitter, den Salon und zwei kleine Appartements. Im benachbarten Küchenzimmer der Gräfin vernahm er eine Männerstimme. Im gleichen Augenblick wurde das Schloß der Tür aufgeschlossen und die Tür selbst etwas geöffnet. Dies bemerkte der Graf und schob ab, ohne zu wissen, auf wen. Da die Person stob, schob Mielzyński ein zweites Mal. Der erste Schub traf nun die Gräfin, die aber noch durch das Garderobenzimmer bis in das Schlafzimmer fliehen konnte und auf das Bett fiel; der zweite traf den Neffen ins Herz. Im Garderobenzimmer der Toten wurden 20 Briefe des getöteten Grafen gefunden, die für stark kontrastierend sind. Es ist festgestellt, daß der Täter des getöteten Grafen auf der Seite vor dem Schloß stand, um dem eiligenen sofort Nachricht zu geben, daß die Luft rein sei und er sich zur Gräfin begeben könne.

Graf Mielzyński wird als Unterfuchungsgefangener nach Berlin überführt werden, um in der Chartreuse auf seinen Geisteszustand unterfucht zu werden.

Pozna, 19. Januar. Der Beamte als Betrüger und Einbrecher. Die heilige Schatzkammer veruntreute den Leutnant a. D. Franz Eilenbäcker wegen einer Entziehung, die er als Käffeleiter des Raubfahrtverbandes in Sammel begangen hatte, zu drei Monaten Haftstrafe. Zur Verdeckung der Unterschlagungen hatte der Leutnant am Tage vor der Revision einen Gitterrost in die Kasse fliegen lassen.

Göttingen, 19. Januar. Von einem bedauерlichen Unfall wurde der vierzehnjährige Sohn des Schuhmachers Matzat hier betroffen. Als er seinem Vater bei der Reparatur eines Schuhs behilflich war, brachte ihm die Schuhnadel in das rechte Auge, dessen Schärfekrause loslöst ist.